

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Regierungs-
 Anstalt für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Besammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 30 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kreisredakteur: Amt 1, Nr. 1509.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 11. Januar 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Zum Prozeß Dreyfus-Esterhazy.

Paris, 8. Januar.
 Am Vorabend der kriegsgerichtlichen Verhandlungen konzentriert sich die öffentliche Aufmerksamkeit wiederum auf die Affäre Dreyfus-Esterhazy. Während aber die freiwilligen und bezahlten offiziellen Organe des Kriegsministeriums zum x-ten Male die absurden Lügen aufwärmen, die höchstens dem Verstande eines Feindländers imponieren können, hat der „Sicdele“, seit kurzem zum Organ der Dreyfus-Freunde geworden, ein entscheidendes neues Dokument zur Aufhellung der Affäre veröffentlicht. Welcher Natur immer die Motive der Parteinarbeit Zues Gypol's, des Redakteurs des sehr wenig gelesebenen „Sicdele“, sei mögen, sie nehmen dem Dokument nichts von seiner Bedeutung. Es ist nämlich der authentische Anklageakt gegen Dreyfus im Prozeß von 1894.

Man hat jetzt die altentwässerte Erklärung vor Augen, warum der militärische Klügel und dessen Präzedenz den neuen Prozeß hinter verschlossenen Thüren verhandelt wissen wollen. Dem Anklage-Akt zufolge ist Dreyfus einzig und allein aus Grund des Vorderreau's verurtheilt worden, jenes nicht gezeichnete und nicht datirte Begleitendes an einen Agenten einer fremden Macht, worin fünf bedeutungslose militärische Dokumente aufgeführt sind. Wenn also — von den unzähligen Entfindungen der Präzedenz ganz abgesehen — der Kriegsminister, General Billot, im Parlament außer dem Vorderreau die Zeugenaussagen von 21 Offizieren gegen Dreyfus in patriotisch-militärischer Verzückung anrief, so war das — sagen wir höflich: eine Plunkerei. Denn die Anklagen beziehen sich sämtlich auf die „moralischen Beweise“ des Anklageaktes, „Beweise“, die jedem Unbefangenen samt und sonders als die stärkste Verhöhrung des gesunden Menschenverstandes erscheinen müssen.

Die Anklage konnte nicht umhin, die Motive des Verraths seitens eines feindlichen Offiziers, wie Dreyfus, nachzuweisen. Was findet man nun da an solchen Motiven? Zwei Liebesabenteuer vor der Heirat mit reichen Frauen, die in Ruhe standen, ihre Liebhaber zu bezahlen; zwei Verhältnisse nach der Heirat, in einem Falle mit der Schwester eines österreichischen Offiziers, die übrigens mit französischen Offizieren vielfach verkehrte, im anderen Falle mit einer Dame, welcher Dreyfus bald den Lauspaß gab, weil sie ihm zu kostspielig wurde. Ferner wird die Anklage aus Dreyfus einen Kartenspieler machen. Neben Liebesabenturern ist ja das Kartenspiel der wichtigste Ausgabeposten eines Offiziers. Aber der Beweis für Dreyfus' Spielsucht? Dessen Aussage, daß er ein einziges Mal in den „Spiezzirkel der Presse“ zum Diner eingeladen worden sei, ohne aber gespielt zu haben. Was die übrigen Spielhöhlen betrifft, so heißt es im Anklageakt wörtlich: „... da deren Rundschloß im allgemeinen wenig empfehlenswert ist, so wären die Zeugen, welche wir hätten fordern können, sehr verdächtig gewesen; wir haben daher verzichtet, solche zu verhöhren.“ Auf der gleichen logischen und juristischen Höhe steht der „moralische Beweis“, den die Anklage darin erblickt, daß während der Hausführung bei Dreyfus nichts gefunden wurde, „selbst keine Viezeranten-Rechnung“!

Von den übrigen Einschlüssen der Anklage seien erwähnt die Verdächtigkeit der Sprachkenntnisse bei einem Offizier des Generalstabes („Dreyfus spricht mehrere Sprachen, namentlich deutsch“); die Verdächtigkeit seiner unbehinderten Inlognitoren nach dem Esch, wo seine drei Brüder, darunter zwei naturalisierte Franzosen, ein großes industrielles Geschäft betreiben; die Verdächtigkeit der „neugierigen“ und fleißigen Grundigungen über alle Zweige der Armeeführung bei einem Reising, dessen Eintritt in den Generalstab nach langjährigen glänzenden Studien gar keinen andern Zweck haben konnte als die allseitige Erforschung des leitenden militärischen Mechanismus; und schließlich figurirt sogar als Verdachtsmoment das schroffe Verhalten einiger Generalstabsoffiziere gegenüber den Anfragen des Dreyfus, der ja ihnen vor vorherin als „jüdischer Eindringling“ ein Dorn im Auge war.

Das einzige moralische Verdachtsmoment, welches sich sehen lassen kann, besteht in der vom Major du Paty de Clam gegebenen Beschreibung der Verhaftungsszene. Danach hätte Dreyfus, während man ihm zur Probe das Vorderreau in die Feder diktierte, nach den ersten Zeilen „sich in offenkundiger Weise verdorrt gezeigt“.

Zudem, abgesehen davon, daß der Major sehr leicht reden konnte, was er durch die melodramatische Veranstaltung zu sehen beachtliche, ist hervorzuheben, daß der Ankläger während der Prozeßverhandlungen sämtliche „moralische Beweise“, von denen einige auf unkontrolliert gebliebenen Polizeiberichten beruhen, fallen lassen mußte. Diese Enthüllung des „Sicdele“ ist seit 24 Stunden unumwiderrprochen geblieben.

Was aber den materiellen Beweis, das Vorderreau, betrifft, d. h. die einzige Grundlage der Verurtheilung, so erscheint Dreyfus' Urheberchaft selbst auf Grund des Anklageaktes als sehr zweifelhaft. Von den fünf Handschriften-Experten haben zwei sich im verneinenden Sinne ausgesprochen. Seitdem vollends die Handschrift Esterhazy's und Dreyfus' mit derjenigen des Vorderreau's auf Grund der zahlreichen Facsimiles in den Zeitungen verglichen werden können, kann für jeden Unbefangenen kein Zweifel bestehen, daß Esterhazy und nicht Dreyfus das Vorderreau geschrieben hat. Uebrigens hat ja Esterhazy selber in den ihm ergebenden Zeitungen die Ähnlichkeit zwischen seiner Handschrift und derjenigen des Vorderreau's für „erschreckend“ erklärt. Seine Aussage aber, Dreyfus hätte seine Handschrift „abgestochen“, fällt in sich zusammen, nachdem dieser sich hat verurtheilen lassen, ohne Esterhazy genannt zu haben.

Daher die entscheidende Bedeutung der Veröffentlichung des Anklageaktes, des altentwässerten Nachweises, daß Dreyfus einzig und allein auf Grund des Vorderreau's verurtheilt wurde, daß er folglich das Opfer eines Justizmordes ist. Haben dagegen die kriegsministeriellen Organe nicht gelogen, indem sie auf andere, dem Militärgericht erst im Beratungszimmer vorgelegte Dokumente gegen Dreyfus pochten, so wäre die Revision des Dreyfus-Prozesses ebenso unvermeidlich, da auch der Militärjustiz-Kodex die Verheimlichung von Schuldbeweisen vor dem Angeklagten und dessen Verteidiger ausdrücklich verbietet.

Die Veröffentlichung des Anklage-Aktes hat auf alle dem militärischen Klügel nicht verschriebenen Kreise einen tiefen Eindruck

gemacht. Die „Petite République“ erklärt, daß nunmehr die ganze Situation vollständig verändert ist. Genosse Gécourt-Richard zerpflicht in einem Leitartikel den „wahnwitzigen“ Anklage-Akt und verlangt mit verstärktem Nachdruck die Öffentlichkeit des Prozesses Esterhazy. Ueberhaupt beginnt in der Presse — endlich! — eine erfreuliche breitere Strömung gegen den militärisch-chauvinistisch-anstößlichen Terrorismus sich hervorzuwagen. Selbst der hochoffizielle „Temps“ verlangt wenigstens ein „Magnum der Öffentlichkeit“, was nicht die volle Öffentlichkeit.

Der ministerielle Senator und ehemalige opportunistische Justizminister Trarieu geht viel weiter. In einem langen Schreiben an den Kriegsminister, einer wahren Anklage gegen die frechparteiische und gesetzbrecherische Untersuchungskommission in Sachen Dreyfus-Esterhazy, verlangt er die Wiederaufnahme der abgeschlossenen Untersuchung. Freilich wäre davon nichts zu erwarten. Denn die Art und Weise, wie die bisherige Untersuchung geführt wurde, bildet für sich allein einen erdrückenden Beweis dafür, daß der militärische Klügel in der Person Esterhazy's wichtige Interessen und hochstehende militärische Würdenträger vertheidigt. Henry Rochefort, der sich in einen Vertrauensmann der kriegsministeriellen Bureau's und Esterhazy's umgewandelt, hat überdies in einem unbewachten Augenblicke ausgeplaudert, Esterhazy habe genug Steine im Sack, um sämtliche ministerielle Fensterscheiben einzuwerfen...

In diesem offenkundigen Bunde zwischen dem Lumpen Esterhazy und der militärischen Oligarchie besteht die politisch bedeutsame Seite der Affäre. Dagegen könnte höchstens eine müßige öffentliche Protestbewegung aufkommen, die ebenso stark wäre, wie die bisherige gewissenlose Lüge und Trug-Kampagne.

Emile Zola, der tapfer, allen Roth-Anwürfen zum Trotz den Kampf ums Recht fortsetzt, hat soeben eine zweite Broschüre veröffentlicht, einen „Brief an Frankreich“. Er schließt mit der Hoffnung auf ein „triumphirendes Wiedererwachen von Wahrheit und Gerechtigkeit“ in Frankreich. Es müßte mit Wundern zugehen, wenn Zola's Hoffnung sich erfüllen sollte, so lange nämlich die militärische Oligarchie in ihrem Wirkungsgebiete allmächtig ist.

Zum Schluß ein paar Worte über die in mancher Hinsicht bezeichnende Ausnahme der offiziellen Anklaffung der „Köln. Ztg.“ zur Affäre Dreyfus-Esterhazy. Die chauvinistische Presse erblickt darin den Beweis, daß die deutsche Regierung hinter der Dreyfus-Kampagne stehe. Sie benutz daher jene Anklaffung als eine wirkungsvolle Waffe — für Esterhazy und für den Ausschluß der Öffentlichkeit im Prozeß. Die übrigen Organe beschränken sich — mit ein paar Ausnahmen — auf die treue Wiedergabe. Nur der „Sicdele“ betont nachdrücklich, daß die deutsche Regierung keine ähnliche Erklärung zu Gunsten Esterhazy's abgeben habe noch abgeben könne — eine Anspielung auf die notorischen Beziehungen Esterhazy's mit dem neulich abberufenen deutschen Militärattaché in Paris, v. Schwarzkoppen. Schließlich sucht ein chauvinistischer Redakteur des „Rappel“, der im Gegensatz zu seinen Genossenschaftsgenossen in der Dreyfus-Affäre Bestand und Gewissen nicht verloren hat, die Öffentlichkeit der Prozeßverhandlungen als eine notwendige trostige Antwort auf die hypothetische deutsche „Herausforderung“ (falls nämlich die Erklärung der „Köln. Ztg.“ unwahr wäre) nachzuweisen...

Wir verzeichnen nachstehend die aus Paris eingetroffenen Depeschen über den Gang der heutigen Verhandlung vor dem Kriegsgericht:

Paris, 10. Januar. Unter den zur Verhandlung erschienenen bemerkte man mehrere Deputirte, die Frau des früheren Hauptmanns Dreyfus, welche von den Rechtsanwältinnen Demange und Labori und von Mathieu Dreyfus begleitet war, ferner einen Regierungskommissar und den Major Perwieu. Der Vorsitzende des Kriegsgerichts, General de Luzer, gab den Befehl, den Angeklagten Esterhazy in den Saal zu führen. Nachdem dieser den Saal betreten hatte, begründeten die Rechtsanwältinnen Labori und Demange ihre Anträge, der Frau Dreyfus und Mathieu Dreyfus zu gestatten, dem ganzen Verfahren beizuwohnen. Major Perwieu und Esterhazy's Anwalt Tezenas traten diesen Forderungen entgegen, worauf das Kriegsgericht die Anträge ablehnte.

Auf den Namensaufruf der Zeugen antworteten u. a. Mathieu Dreyfus, Senator Scheurer-Kessner, Major du Paty de Clam, Oberst Picquart, Oberst Henry und General Gouffé. Der Regierungskommissar beantragte, die Verhandlung bei verschlossenen Thüren zu führen. Das Kriegsgericht beschloß indessen nach einstündiger Beratung mit fünf gegen zwei Stimmen, die Verhandlungen sollten bis zu dem Augenblick öffentlich sein, wo die Öffentlichkeit für die nationale Verteidigung gefährlich erscheinen dürfte.

Der Bericht des Majors Navary, welcher die Anklage vertritt, erinnert an die Aussagen, welche in Mathieu Dreyfus' Verdacht gegen Esterhazy erregten, und welche ihn veranlaßten, denselben bei dem Kriegsminister zu denunzieren; der Bericht stellt ferner fest, daß infolge der Ähnlichkeit der Handschrift in dem Dreyfus'schen Verzeichnisse mit derjenigen Esterhazy's auch bei dem Obersten Picquart Verdacht entstanden sei, und bemerkt, daß Esterhazy alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen von sich weise und leugne, der Verfasser des Vorderreau's zu sein. Esterhazy behauptet, es sei materiell unmöglich, daß er die Schriftstücke desselben haben könne, von denen das Vorderreau spricht; die Sachverständigen in Schreibsachen hätten auch ihrerseits erklärt, das Vorderreau sei nicht das Werk Esterhazy's. Der Bericht behauptet sodann, Oberst Picquart habe in dieser Angelegenheit schwer gefehlt und sich der Zudiscretion schuldig gemacht. Als seine Vorgesetzten ihn aufgefordert hätten, nicht auf seinen Behauptungen zu beharren, habe er in einem Augenblicke der Erregung antwortet: „Ab, Sie wollen nicht voran, ich werde Sie dazu zwingen!“ Picquart hätte hinzugefügt: „Sie merken wohl, daß eine schreckliche „Kampagne“ sich vorbereitet.“ Picquart scheine die Seele dieser „Kampagne“ gewesen zu sein; er wurde im Jahre 1896 dabei übercaßt, wie er in einem Schranke wühlte und mit dem Advokaten Leblois geheime Absprachen durchführte. Der Bericht gelangt zu dem Ergebnis, von der trantigen, so schlan eingefädelten Angelegenheit bleibe nichts übrig, als ein peinlicher Eindruck, der einen schmerzlichen Wiederhall finden werde in allen wahrhaft französischen Herzen. Alle dabei angewendeten Mittel hatten den Zweck, eine Revision des geschnitten und gerecht gefällten Urtheils zu erlangen.

„Dem zu schließen, sagen wir, daß, wenn die Anschuldigungen gegen Esterhazy im Stande wären, die öffentliche Meinung zu erregen, kein sich haltiger juristischer Beweis von seiner Strafbarkeit erbracht worden ist, und daß die mühevoll durchgeführte Untersuchung keine genügende Belastung Esterhazy's hat ermitteln können, um eine Anklage auf Hochverrath gegen ihn zu begründen. Wir sind der Ansicht, daß es angezeigt ist, einen Einstellungsbeschluss ergehen zu lassen.“
 (Weitere Mittheilungen siehe unter „Depeschen und letzte Nachrichten“.)

Politische Uebersicht.

Berlin, 10. Januar.
 Der Reichstag und der preussische Landtag nehmen morgen, Dienstag, ihre Sitzungen wieder auf. Beide Parlamente treten in den Schlussabschnitt ihres Wirkens ein. Im Abgeordnetenhause wird zunächst der Etat behandelt werden; über die ferneren Arbeiten dieses Hauses haben wir bereits ausführlich gesprochen. Der Reichstag besetzt sich zunächst mit der ersten Beratung der Gesetzentwürfe zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Zivil- und Strafprozeß-Ordnung. Im Vordergrund des öffentlichen Interesses werden auch weiterhin die Vorlage zur Militär-Strafprozeß-Reform und das Tzipich'sche Flottengesetz stehen. Auch die Vorgänge in China dürften den Reichstag bald beschäftigen.

Zur chinesischen Angelegenheit will die „Köln. Ztg.“ wissen, daß die von China in England nachgesuchte Anleihe von 16 Millionen Pfund Sterling ihrem Abschluß entgegenstehe. Von der öffentlichen Meinung dringlich unterstützt, weige das englische Cabinet mehr und mehr dem Entschlusse zu, der chinesischen Regierung eine direkte Staatsanleihe zu gewähren.

Durch diese Anleihe, die den Chinesen unter sehr günstigen Bedingungen gegeben werden soll, würde England seine Position in China wieder bedeutend befestigen.

Ueber den Werth der Kiaotschau-Nacht für Deutschland und unterteilt sich, wie wir in „Daily Chronicle“ lesen, ein Vertreter des Reuterschen Bureau's mit einem Engländer, der sich über 25 Jahre in jenen Gegenden aufgehalten hat. Die Antwort lautete für Deutschland weit weniger günstig, als die Ausführungen, die kürzlich in dem Wiener „Handels-Museum“ zum Ausdruck gebracht wurden und die wir im Auszuge wiedergegeben haben. Der Befragte erklärte: „Kiaotschau liegt fern dem blühenden Handelshafen von Tschifu; an dem Handelsverkehre dieses wichtigen Plazes ist England mit 60-70 pCt. beteiligt. Die Umgebung von Kiaotschau ist wenig industriell, fast durchaus landwirtschaftlich, Straßen nach dem Innern sind hier noch wenig angelegt. Unter diesen Umständen kann Deutschland seine Güter von anderen Häfen aus viel billiger und einfacher ins Innere des Landes expediren. Der neue Pachtvertrag ändert auch nichts in bezug auf den Transport der Waaren von dem Freihafen nach dem Innern. Haben die Güter das gepachtete und besetzte Territorium verlassen, so stehen sie mit denen anderer Nationen auf durchaus gleicher Stufe. Die Provinz Schantung kann ihre eigene Bevölkerung nicht ernähren; diese wandert in großer Zahl aus nach dem Norden China's und der Mandchurei.“

Auch die strategische Bedeutung von Kiaotschau soll nicht bedeutend sein. Die offene Bai könne nur durch Anwendung ganz enormer Summen in einen halbwegs genügenden Verteidigungszustand versetzt werden. Rußland habe ja, wie bekannt, nach Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges diesen Platz besetzen wollen, sei aber, wohl in Rücksicht auf dessen Wertlosigkeit davon abgekommen.

Die Zukunft wird lehren, was Kiaotschau werth ist. Bedeutende Kosten werden sicherlich nicht ausbleiben und die Kapitalistenklasse wird sich auch in diesem Fall nicht scheuen, die Kosten für das Unternehmen, das ihnen in erster Linie zu gute kommen soll, der großen, indirecten Steuern zahlenden Masse aufzubürden.

Deutsches Reich.

— Gendarm, Amtsvorsteher und Landrath in Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie erziehen den Polizeibehörden immer als ein Gebiet, auf dem sie den Beweis für ihre Unentbehrlichkeit zu führen haben, und von ihrer hohen Mission erfüllt haben sie im Eifer der Geschäfte nicht selten Wege eingeschlagen, die von der sonst üblichen Auffassung über die Aufgaben der Polizei weit abweichen. In Hirschberg fand dieser Tage eine Gerichtsverhandlung statt, die immerhin einen interessanten Beitrag liefert zu den von den Behörden gegen unsere Parteigenossen betriebenen Verfolgungen und Maßregelungen. Der „Vote aus dem Riesengebirge“ berichtet darüber:

„Angeklagt war der Wahlenverfäher Belwert aus Wernsdorf in Kreuze Wolkstein. Er ist beschuldigt, den Gendarm Fiebig wesentlich falsch eines Meineides beschuldigt und beleidigt zu haben und ferner versucht zu haben, die Gendarmerie-Brigade durch Drohung zu einer Amtshandlung zu nöthigen. Belwert war seit Beginn des vorigen Jahres in der Wähle zu Wernsdorf thätig. Seine Herrin schätzte ihn als tüchtigen und pflichtgetreuen Arbeiter. Als nun eines Tages bekannt wurde, daß Belwert Sozialdemokrat sei und auch früher im Wörlitz-Panorama Wahlkreise eifrig agitiert habe, kam der Gendarm Fiebig in höhere Aufträge zur Dienstherrin des Angeklagten und stellte an diese das Ansuchen, den Verfäher zu entlassen, damit das Dorf nicht verachtet werde. Bisher seien die Sozialdemokraten glücklicherweise fern gehalten worden. Die Herrin der Wähle weigerte sich jedoch, diesem Ansuchen Folge zu geben. Nunmehr bemühte sich der Amtsvorsteher und als auch dieser keinen besseren Erfolg hatte, sogar der Herr Landrath höchst eigenhändig. Er schrieb an die Herrin

einen Brief, worin er sie um die Entlassung des Verführers ersuchte und sie darauf hinwies, daß ihre Familie doch stets auf patriotisch gefonnen gewesen sei. Die Frau blieb jedoch fest. Die politische Gesinnung ihres Verführers war ihr gleichgültig. Auf fallender Weise häuften sich von diesem Tage an die Anzeigen gegen die Bewohner der Mühle wegen der verschiedenartigsten Übertretungen. Die also Betroffenen glaubten Grund zu haben, daß die Anzeigen auf persönliche Feindschaft zurückzuführen seien. In mehreren Fällen waren die mit den Strafmandaten Bedachten bei Anrufung des richterlichen Verfahrens freigesprochen worden. In einer Gerichtsverhandlung erwähnte der Vorsitzende sogar den Gendarmen, in Zukunft mit Weisheit ein besseres Einvernehmen zu halten. Am 12. und 18. Oktober schrieb nun Weisheit an die Gendarmen-Brigade, daß der Gendarm Fiebig gegen ihn und seine Arbeitsleute wissentlich falsche Anzeigen erstattet und vor Gericht Unwahreres ausgesagt habe. Ferner drohte er in dem Schreiben mit weiteren Schritten, insbesondere mit Veröffentlichung der ganzen Angelegenheit, falls Fiebig nicht in einen anderen Bezirk versetzt werde. Wegen dieses Schreibens hatte sich nun W. zu verantworten. Auf Grund der umfangreichen Beweisannahme hielt der Staatsanwalt eine solche Anschuldigung wider besseres Wissen nicht für erwiesen. Doch habe W. dem Beamten in frivolster Weise den Vorwurf des Meineides gemacht. Dergleichen sei das Vergehen aus § 114 erwiesen. Er beantragte deshalb fünf Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. Von der Verteidigung wurde geltend gemacht, daß W. höchstens formell geschl. habe, doch habe er in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt, da ihn der Gendarm und dessen Vorgesetzter aus seiner sicheren Stellung verdrängen wollten. Er habe in dem guten Glauben gehandelt, daß der Gendarm thatsächlich, sei es auch aus Irrthum, etwas Unrichtiges bezeugt habe. Es sei deshalb Freisprechung des Angeklagten oder die geringste Strafe wegen Mithilfe am Platz. Der Gerichtshof gewann ebenfalls nicht die Ueberzeugung, daß der Angeklagte wider besseres Wissen gehandelt habe, noch daß er sich überhaupt einer Verleumdung schuldig gemacht habe. Dagegen wurde die Mithilfe für erwiesen erachtet und W. unter Jubilation milderer Umstände, weil er durch das Vorgehen des Gendarmen zu sehr gereizt worden war, zu vierzehn Tagen Gefängnis verurtheilt.

Die Gerichtsverhandlung hat den Beweis geliefert, daß Gendarm, Amtsvorleser und Landrath sich mit dem ganzen Einfluß, den ihnen ihre amtliche Stellung giebt, bemüht haben, einen fleißigen, anständigen Arbeiter aus seiner Arbeitsstätte zu entfernen. Selbst derjenige, der als schwerer Verbrecher durch Urtheil des Gerichts unter Polizeiaufsicht gestellt wird, hat eine solche polizeiliche Maßnahme nicht zu erwarten; in seinem redlichen Gewerbe darf ihm kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Nur gegen den Sozialdemokrat glauben die Hüter der öffentlichen Ordnung Mittel in Anwendung bringen zu können, die einem Mann, der eine dem Gendarm, Amtsvorleser und Landrath nicht genehme politische Gesinnung hat, schwere wirtschaftliche Schädigungen bringen müssen.

Ist dies die Aufgabe der Polizeibehörde? Und was geschieht gegen die Beamten, die sich solcher Maßnahmen schuldig machen? In Deutschland nichts — und das ist charakteristisch für das heutige politische System.

Noch schlimmer gestalten sich diese Dinge, wenn man bedenkt, daß der von der Behörde Geschätzte, weil er in wohl begrifflicher Erregung seinem Herzen Luft machte, nach dem Antrage des Staatsanwalts Aussicht hatte, auf 6 Monate ins Gefängnis zu spazieren und 2 Jahre seiner bürgerlichen Ehrenrechte verlustig zu geben. Schließlich hat das Gericht die Strafe auf 14 Tage ermäßigt. Sie erscheint aber trotzdem in anbetrach der ganzen Sachlage für den Angeklagten äußerst schwer.

Die „Volkz.“ erwartet, daß im preussischen Landtag über diesen Fall eine Interpellation eingebracht werde. Wir sind neugierig, ob die Leute, an welche die „Volkz.“ denken mag, den Muth finden werden, in energischer Weise hier einzugreifen. Stoff giebt es in Hülle und Fülle, Polizeistände in Preußen zu geisteln, aber im preussischen Landtag hat sich bisher auch die freisinnige Partei nicht als ein besonders energischer Anwalt der von Polizeibeamten Gemißhandelten gezeigt. So wird auch dieser Fall achlos von den Herren im Landtag bei selte gelegt werden. Wir werden aber dafür sorgen, daß solche Dinge sich in dem Gedächtniß des Volkes einprägen.

— Sozialdemokratie und Centrum in Bezirken mit polnischer Bevölkerung. Die „Alln. Volkzeitung“ schließt eine Besprechung der sozialdemokratischen Konferenz für Ober-Schlesien mit folgenden Ausführungen: „Für Rathibor hat man Bebel als Kandidat aufgestellt. In den meisten Kreisen handelt es sich um bloße Zahlkandidaturen; doch sind in einigen Kreisen bei der Eigenartigkeit der Verhältnisse Ueberraschungen nicht ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten sind schon in der letzten Zeit in Oberschlesien sehr thätig gewesen, und man möge ihre Agitation nicht unterschätzen. Das gilt auch von der sozialdemokratischen Propaganda unter der polnischen Arbeiterchaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Hamburg-Altona, Bremen, Magdeburg, Leipzig u. s. w. Von geringerer Belang erscheint dagegen die Agitation in Posen und Westpreußen, Bromberg ausgenommen, wo unter der deutschen Arbeiterbevölkerung die Sozialdemokratie stark vertreten ist.“

— Centrum und Flottenvorlage. Aus Mainz wird berichtet: Vor einer von etwa 1200 Personen besuchten Centrumswähler-Verammlung des Wahlkreises Mainz-Oppenheim entwickelte der Reichstags-Abgeordnete Dr. Schmitt seinen Standpunkt zur Flottenvorlage. Für die Mehrheit der Centrumsfraction löste er erklären, daß sie nur für eine jährliche Bewilligung sei. Dr. Redner selbst, der sein Erkennen über Dr. Sieber's Reichstagsrede äußerte, ist gegen die Regierungsvorlage. Und wenn die Regierung den Pakt annehme, so meine er, daß das Centrum nur religiöse Weisungen von Rom hole, die politische Haltung aber frei. Zum Schluß wurde eine entsprechende Resolution für die Centrumsfraction angenommen.

Ueber die Steuerfrage schreibt die „Alln. Volkzeitung“: „Ist erst die junge Begeisterung verrauht und die Regierungsvorlage bewilligt, so kommt das alte profasche Bezahlen. Das wird aber auch nicht zu den beliebtesten Lebensübungen der Marine-Schwärmer gehört, zeigt die Thatsache, daß die Sammlungen für die Marine nur tausend Thaler eingetragen haben. Die Offiziers lassen sich ebenfalls über die Deckungsfrage nicht aus, und wenn sie auch nicht gerade Camphausen's bekanntes Wort variiren: „Wir haben heidenmäßig viel Geld“, so nehmen sie doch eine Miene an, die in keiner Weise an die Hypothekonomie eines um Gehaltsbesserung bittenden Reichthumsbesessenen erinnert. Die Herren von der Finanz machen einen höchst „wohlhabenden“ Eindruck, als wollten sie mit dem bekannten öden Berliner Sprüchlein sagen: „Es ist ja alles da, es ist nicht wie bei armen Leuten.“ „Rach Tische“ wird man's schon anders lesen. Ist erst das Flotten-Renn gegeben, so wird auch schon die Rechnung präsentiert werden. Aber dann wird, wie die Menschen nun einmal sind, mancher nicht „B“ sagen wollen, der heute in das „A“ fröhlich eingestimmt. Unter diesen Umständen wird die Budgetkommission der Deckungsfrage ihre ganz besondere und läbliche Aufmerksamkeit zuwenden haben.“

Das klingt alles ganz hübsch, aber jedermann weiß, daß in irgend einer Form der Kaufhandel zwischen Centrum und Regierung fertig werden wird.

— Die „Admiralski“ der polnischen Fraction sollen beschlossen haben, für die Flottenvorlage zu stimmen. Das Organ der polnischen Volkspartei, der „Credowit“, will es wenigstens aus sicherer Quelle erfahren haben. Die Nachricht klingt nicht unwahrscheinlich. Der Segen des Czarischen Stabes und seine Reisen nach Berlin thun ihre Wirkung. Der polnische Adel, die polnische Bourgeoisie hoffen eher ihre Rechnung zu finden, wenn sie sich mit der Regierung gut stellen, als wenn sie, wie in den letzten Jahren, oppositionell auftreten. Dabei soll die preussische Regierung sich bekanntlich mit der Absicht tragen, vom Landtage die

Verdoppelung des Hundertmillionenfonds zu verlangen, der der Germanisirung polnischer Landestheile durch deutsche Ansiedler dienen soll. Erfolge sind auf diesem Wege aber noch nicht errungen worden. Die deutschen Agrarier im Osten ziehen nach wie vor die bedürfnislosen polnischen und russischen Landarbeiter heran. Auf jeden deutschen Bauer, der dort angestellt wird, kommen zehn fremdsprachige Kulis. Dazu kommt, daß in dem An siedelungsweert ein natürlicher Ansporn für das Polenthum liegt, seine Interessen erst recht wahr zu nehmen. Kurz, die Verdoppelung des Hundertmillionenfonds ist der polnischen Partei nicht so unangenehm, daß sie dadurch zu konsequenter Opposition in anderen Dingen geneigter würde. Die Polen werden also wahrscheinlich als Hilfsarmee für die Flottenvorlage auftreten. Unsern polnischen Genossen wird durch dies Verhalten der herrschenden Klassen die Agitation bei den kommenden Reichstagswahlen sehr erleichtert werden.

— Die Postunterbeamten haben an den Reichstag eine Petition gerichtet, die 30 000 Unterschriften enthält. Die Petenten fordern u. a. Vereinfachung der Schädigung durch die Einführung des Dienstaltersstufen-Systems; für Postschaffner und Briefträger ein Anfangsgehalt von 1000 M. bis zur Höchste von 1800 M.; Erhöhung des Höchstgehalts der Landbriefträger auf 1200 M.; Erholungsurlaub von vierzehn Tagen für alle Unterbeamten; Feststellung eines bestimmten Wochenleistungsmaßes an Dienststunden, Festlegung eines Höchstmaßes der von den Landbriefträgern zu leistenden täglichen Kilometerzahl und Einführung einer leichten Sommerkleidung.

— Wieder ein Zeugnißzwang-Verfahren. Nachträglich in Strafe genommen wurde der Seherlehrling Kurzyński von der Gajeta Grudziadzka, welcher vor einiger Zeit dem Untersuchungsrichter des Landgerichts Graudenz den Namen des Verfassers eines Artikels nicht angeben wollte. Wie wir seinerzeit meldeten, hatte der genannte Lehrling auf Befragen vor Gericht erklärt, daß ihm zwar der Verfasser des inkriminirten Artikels bekannt sei, doch werde er denselben nicht namentlich machen, da er sich sonst „als einen Lumpen“ betrachten müsse. Kurzyński wurde nun zunächst in eine Geldstrafe von dreißig Mark genommen, an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle eine Haft von 6 Tagen tritt. Sollte K. nach dieser Beurtheilung den von ihm verlangten Namen auch ferner noch verschweigen, so kann die Strafe progressiv weiter erhöht werden.

— Von der dänischen Agitation. Aus Kiel wird uns geschrieben: Wie die dänischen Hüter des uralten Schleswigs melden, hat der dänische Schulverein in Nordschleswig im Jahre 1897 an 237 Personen Unterstellungen zum Besuch dänischer Schulen verliehen. In den Jahren 1894, 1895 und 1896 betrug die Anzahl 266, 198 und 200. Gegenwärtig befinden sich mit Hilfe des Vereins 123 junge Nordschleswiger auf dänischen Schulen. Der Verein hat bei einer Mitgliederzahl von jetzt 4740 eine Einnahme und Ausgabe von 14 377 M. gehabt.

Erfurt, 9. Januar. (Fig. Ber.) Der näherstehende Termin der Reichstags-Neuwahlen veranlaßt endlich die bürgerlichen Parteien des Wahlkreises Erfurt-Schleusingen, aus ihrer bisherigen Indolenz herauszutreten und sich mit der Kandidatenfrage zu beschäftigen. Am raschesten sind diejenigen Parteien bei der Hand, die weder groß zu verlieren noch zu gewinnen haben. So haben die National-Sozialen bereits den Pastor Raum an, die Freisinnigen den jetzigen Reichstags-Abgeordneten für Barel (Odenburg), Rechtsanwalt Träger, und die Antisemiten den Kaufmann Kurzhals als Suchl aufgestellt. Die antisemitische Kandidatur ist besonders interessant, da bei der 1898er Wahl der jetzige konservative Vertreter für Erfurt, Herr Jacobskötter, wesentlich durch die Antisemiten unterstützt wurde, während sie ihn jetzt fallen lassen. Eine Kompromiß-Kandidatur Jacobskötter scheint auch seitens der übrigen in Frage kommenden Parteien wenig Gegenliebe zu finden, denn in einer gestern hier stattgefundenen „vertraulichen“ Versammlung der Nationalliberalen äußerte man verschiedene Bedenken gegen einen konservativen Kompromißkandidaten im allgemeinen, gegen den wandlungsfähigen Herrn Jacobskötter im besonderen. Man will deshalb von nationalliberaler Seite den früheren Minister von Lucius zu „bewegen“ versuchen, die Kandidatur zu übernehmen, da man in seiner Person die nöthigen Kompromiß- und Kartellgesellschaften gefunden zu haben glaubt. Herr Lucius hat aber bereits die ihm angebotene Kandidatur Mählhausen - Langensalza abgelehnt, so daß noch Zweifel bestehen, ob er die Erfurter annehmen wird. Da die Konservativen höchstwahrscheinlich an dem „bewährten“ Herrn Jacobskötter festhalten werden, das Centrum wie gewöhnlich einen Zahlkandidaten aufstellt, haben die bürgerlichen Wähler die reichliche Auswahl zwischen sechs Kandidaten. Für unsere Partei, von der, wie schon früher mitgetheilt, der Redakteur Schulz, Erfurt aufgestellt ist, stehen die Aktien in Erfurt-Stadt, sowie besonders im Schleusinger Kreis (Thüringer Wald), woselbst in fast allen Ortschaften der Kandidat bereits Versammlungen abgehalten hat, sehr günstig, so daß der Kreis Erfurt bei einigem Eifer der hiesigen Genossen in der nächsten Wahl unser werden muß, trotzdem und die mündliche Agitation im Erfurter Landkreis durch das „geistige“ Mittel der Sozialdemokratie fast ganz unmöglich gemacht wird.

— Im Vereinsgefch. Ausschuss des bayerischen Landtages beantragte heute v. Dollmar, wie uns telegraphisch aus München berichtet wird, die Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch welche eine gründliche Umgestaltung des bestehenden Gesetzes vorgenommen und eine unbeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit wie in Württemberg und Hessen durchgesetzt werde. Eventuell soll durch Gesetz grundsätzlich bestimmt werden, daß der Besuch von Versammlungen und die Theilnahme an Vereinen allen Staatsangehörigen uneingeschränkt freistehe und daß ein Verbindungsverbot politischer Vereine unbedingt ausgeschlossen sei.

Stuttgart, 9. Januar. (Fig. Ber.) Die Verfassungskommission des württembergischen Landtags hat ihre Thätigkeit am Freitag wieder aufgenommen. In der ersten Sitzung wurde der Antrag unseres Genossen Klop, der Stadt Stuttgart, die ihrer Einwohnerzahl nach eigentlich 8 Abgeordnete haben sollte, 4 Abgeordnete zuzubilligen, mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt und der Regierungsentwurf angenommen, der 3 Abgeordnete vorsieht. Der Antrag der aus der zweiten Kammer aufzunehmenden Privilegirten (Adel und Kirche) durch 21 mittels der Proportionalwahl zu gewinnenden Abgeordneten wurde mit 10 gegen 4 (nationalliberale) Stimmen angenommen. — Die Wasserrechtskommission wird am 18. Januar und die Kommission für Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher am 24. Januar zusammentreten. Der Landtag wird nicht vor Mitte Februar einberufen werden.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Prokuratorin Klara Bomba aus Kattowitz wurde von der Reichstammer in Beuthen O.S. wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

— Die Vertrags-Urkunden über das deutsch-französische Logo-Abkommen sind am Sonntag in Berlin und Paris ausgetauscht worden. Damit hat diese Frage ihren vollen Abschluß erreicht.

Oesterreich.

Prag, 9. Januar. (Fig. Ber.) Die Jungescheu bilden heute das musterghilte Beispiel politischer Defakaden. Sie sind nicht vergleichbar jenen politischen Untergangstypen, deren Zerfall und Absterben historische Nothwendigkeit ist, vielmehr gleichen sie jenen Existenzen, die durch unredliches Gedärben dem Ruin entgegen gehen und sich nur durch Hochaplerküst über Wasser zu halten vermögen. Das Unglück, das sie über die Nation und die Stadt Prag heraufbeschworen haben, dauert fort, aber die Jungescheu können sich nicht einmal mehr zu einem Protest gegen die

jetzt überflüssig gewordene Maßregel des Standrechts aufrufen; sie setzen sich durch frivolsten Galgenhumor darüber hinweg. Vor dem Volk Rechenhaft abzulegen, auch das vermögen sie nicht, vielmehr halten sie hinter Schloß und Riegel, unter dem Schutz der Bonjonnets ihre Versammlungen ab und jedem, der sich nicht willens dem Szepter dieser Demagogen beugt, wird der Eintritt versperrt. Da es den Sozialdemokraten unmöglich war, in einer jungescheulichen Versammlung das Wort zu erhalten, berief der politische sozialdemokratische Klub für heute eine große öffentliche Versammlung ein, zu der er auch den Führer der Jungescheu Dr. Engel lud. Merkwürdigerweise erschien Dr. Engel. Es ist bekannt, wie die Sozialdemokraten in jungescheulichen Versammlungen behandelt werden und besonders eine Versammlung im Vorjahr ist noch in aller Gedächtniß, wo Sozialisten blutig geschlagen wurden. Wie weit die zechische Arbeiterchaft politisch geschult ist und mit welchem Ernst sie ihre politischen Angelegenheiten zu verstehen sucht, geht aus dem Umfange hervor, daß Dr. Engel's Rede angehört und sachlich widerlegt wurde. Die Verurteilung war aber auch vollständig. Die besten Redner der Arbeiterchaft übten die schärfste Kritik an der Politik der Jungescheu und mit stürmlichem Beifall ward am Schluß eine Resolution angenommen, in welcher den Jungescheu die schärfste Mißbilligung ausgesprochen wird. Nicht nur in den Reihen der Arbeiterchaft ist dieser gerechte Zorn zum Durchbruch gekommen, auch ein Theil des Bürgertums sagte sich von der jungescheulichen Partei los. In Oesterreich sind es nur die Lehrer, welche unter dem Bürgertum einen gesunden Fortschritt vertreten, wo sie nicht im sozialdemokratischen Lager stehen. Sinerzeit war es die Lehrerchaft, die den Jungescheu zum Sieg über die Altescheu verhalf, und heute bereits lassen sie durch ihr Organ verkünden, daß sie in der gegenwärtigen jungescheulichen Politik keine Genöhr sehen für einen geistlichen Fortschritt und namentlich von der Verbrüderung mit den Merkmalen das ärgste befürchten. Das Jungescheu scheint als politischer Nachfaktor immer mehr bergab zu gehen.

Prag, 10. Januar. Eine Extra-Ausgabe der amtlichen „Prager Zeitung“ sowie Straßenplakate geben bekannt, daß das Standrecht von heute früh 6 Uhr ab aufgehoben ist.

Prag, 10. Januar. Der Landtag wurde heute wieder eröffnet. Der Zugang zu dem Landtagshaus wurde durch Sicherheitswachen freigehalten. Vor dem Beginn der Sitzung traten die Klubs zusammen. Der Obmann der Rechten, der Großgrundbesitzer Graf Bonquou, beantragte die Einsetzung eines aus den Rechten und dem ganzen Hause zu wählenden 24gliedrigen Ausschusses, welcher Anträge stellen soll, wie im Einverständnis mit den Vertretern beider Volksstämme die Sprachenverhältnisse des Landes geregelt werden können. Abg. Schleisinger beantragte Aufhebung der Sprachenverordnungen. Es wurden Interpellationen eingebracht über die im August v. J. in Briz vorgekommenen Ueberfälle auf die Czechen und wegen der stürmischen Vorgänge in Prag.

Troppan, 9. Januar. Eine für heute Nachmittag hier beabsichtigte Volksversammlung wurde seitens der Behörde unterjagt. Aus diesem Anlaß demonstrieren etwa 600 Arbeiter, unter denen sich ungefähr 300 aus dem schlesischen Kohlenreviere befanden, vor dem Landhause und dem Regierungsgebäude für das allgemeine Wahlrecht.

Schweiz.

Bern, 9. Januar. (Fig. Ber.) Die Polizeipolitik der Regierung und städtischen Behörden ist nun zum zweiten Male gerichtlich verurtheilt worden. Wie vor einiger Zeit das Verbot des Tragens der roten Fahnen vom Bundesgericht als verfassungswidrig erklärt und der verurtheilte Genosse Genter freigesprochen wurde, so hat nun das bernische Obergericht auch die stadtbernerische Verordnung gegen die Streikenden als verfassungswidrig erkannt, einen verurtheilten Buchbinder freigesprochen und ihm noch 40 Fr. Entschädigung zugesprochen. So holen sich die kapitalistisch gefunten und arbeiterfeindlichen Behörden bei ihrer eifrigen Gesellschaftsrettung eine Niederlage und Blamage nach der andern und wird damit bewiesen, daß man bei auf gesetzlichem Boden stehenden Arbeiterbewegung mit ungesetzlichen Mitteln nicht beikommen kann.

Spanien.

Madrid, 9. Januar. Die gestern gefällte Entscheidung des hohen Rathes erblüht ein Vergeben in dem Verhalten Weyler's und trägt dem Generalcapitan des Distriktes als richterlicher Behörde auf, den Prozeß einzuleiten; der hohe Rath behält sich jedoch vor, den Prozeß hinterher zu prüfen. Auf Grund dieser Entscheidung wurde ein Militärprokurator ernannt, welcher die Untersuchung vornehmen soll, damit Weyler vor dem Kriegsrath erscheine.

Eine Depesche aus Havana meldet, General Ochoa, welcher einen Transport befehligte, hätte bei Bayamo mehrere Gefechte mit den Aufständischen gehabt; die Spanier nahmen drei Lagerplätze der Aufständischen; diese hinterließen 8 Tode und zahlreiche Waffen. Der Sekretär des Marquis Santalucia, sogenannten Präsidenten der kubanischen Republik, namens Quiros, hat sich unterworfen, indem er erklärt, daß nach der Einsetzung der Autonomie zu einer Fortsetzung des Aufstandes kein Grund mehr vorhanden sei; ebenso haben sich der Kommandant Antonio Rumez, zwei Offiziere und eine Anzahl Aufständischer, alle bewaffnet, unterworfen. Man glaubt, daß weitere Unterwerfungen von Aufständischen folgen werden.

Rußland.

— Verhaftungen in Woronesch. In Woronesch, einer Gouvernementsstadt in Weirußland, südlich von Moskau, sind in der Nacht vom 20. auf den 21. Dezember 27 Personen verhaftet worden und zwar vier Statistiker des Semstwo Szyanski, Moskjalow, Dobratow und Wjachonski; Frau Polts, welche im Statistischen Komitee arbeitete, und ein Beamter des Statistischen Komitees der Kanzlei des Gouverneurs, dessen Namen uns unbekannt ist; zwei Offiziere Masorenko und Petin; zwei Herren von uns unbekanntem Namen Kostomarov und Tschernyschow; der Eisenbahnarzt Ippolow; drei Eisenbahnkomptoiristen Krap, Tschernikow und Tschalownikow; der Besitzer einer Schlosserwerkstätte Iwanow; Ippolow (Meister der elektrotechnischen Abtheilung der Eisenbahnwerkstätten) und 11 Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten, von denen uns nur der Name des einen — Susew — bekannt ist. Ein paar Tage darauf sind sechs weitere Personen verhaftet worden. Von den Verhafteten sind mehrere, so z. B. der Arzt Ippolow und der Statistiker Szyanski im Alter von 40 bis 50 Jahre stehende Leute. Der Anlaß zu diesem außer-gewöhnlichen Vorgehen der Gendarmenrie ist uns nicht bekannt. Jedoch wußte man in Woronesch, daß ein Gewitter im Anzug ist. In letzten Sommer wurden zwei Offiziere des Gendarmenkorps nach Woronesch zur Untersuchung der dortigen Gendarmenrie abkommandirt und während eines Besuchs gelagerten sie aus, daß von ihrer Thätigkeit bald ganz Rußland reden wird. Unter den Verhafteten befinden sich Leute, deren politische Anschuld für jeden, der sie kennt, keinem Zweifel unterliegt, und, wie wir hören, hat der Staatsanwalt mangels jedweden Belastungsmaterials die Eröffnung eines Verfahrens gegen die Verhafteten abgelehnt.

In Wlma wurde am 31. Dezember in den verkehrtesten Straßen der Stadt ein in der geheimen Druckerei des sibirischen Arbeiterbundes hergestelltes Flugblatt des Wlmaer sozialdemokratischen Komitees ausgeheilt. In dem Flugblatt wurden die Wlmaer Arbeiter aufgefordert, ihre verhafteten und verbannten Kollegen materiell zu unterstützen und — allen Unterdrückungsmahregeln zum Trost — den Kampf gegen die Unterneher weiterzuführen, welcher als Erziehungsmittel und Vorbereitungsstadium zu dem Kampfe gegen den russischen Absolutismus, welcher der gesammten russischen Arbeiterchaft bevorsteht, zu betrachten sei. Die Verbreitung des Flugblattes machte das größte Aufsehen in allen Bevölkerungsteilen der Stadt. Fünf Arbeiter sind aus Anlaß dieses Vorfalls verhaftet worden.

Griechenland.

Athen, 8. Januar. Deputirtenkammer. Der Finanzminister Streit legte das Budget für das Jahr 1898 vor; das-

selbe schließt in den Ausgaben und den Einnahmen mit 87 576 000
Drachmen ab. Von dieser Summe werden 21 445 000 Drachmen für
den Dienst der öffentlichen Schuld in Anspruch genommen. Das
Budget enthält keinen Betrag für den künftigen Dienst der Kriegs-
entschädigungs-Anleihe. Der Minister gab keine Erklärung ab hin-
sichtlich der Gesetzentwürfe betreffend die Finanzkontrolle und das
Abkommen mit den Gläubigern. Die Sitzung wurde ohne Zwischen-
fall geschlossen. Auf Befehl des Ministerpräsidenten Jaimis
verlas die Kammer, bis die oben erwähnten Entwürfe zur
Vorlage in der Kammer vorbereitet sind. —

Afrika.

Kairo, 9. Januar. Ein Bataillon englischer Truppen ist heute
Nachmittag nach Luxor abgegangen, von wo sich dasselbe nach
Wadi-Galsa einschiffte; ein weiteres Bataillon wird am Freitag ab-
gehen und es wird später auch Kavallerie nachfolgen. Die Dermische
konzentrierten sich immer noch bei Metemeh und Ehenbi. In
Dinderman herrscht rege Thätigkeit. Kitchener Pascha bleibt noch
in Wadi-Galsa. Die Eisenbahn nach Assuan wird in einigen Tagen
fertig gestellt sein.

Indien.

Bombay, 10. Januar. Eine Abtheilung Infanterie in Stärke
von 150 Mann ist gestern wenige Stunden nach Eingang des Be-
fehls von hier nach dem persischen Meerbusen ab-
gegangen. Man glaubt, die Entsendung stehe mit der jüngst er-
folgten Ermordung eines englischen Telegraphen-Beamten an der
persischen Küste in Zusammenhang. — Innerhalb der letzten
48 Stunden wurden 159 Neu-Erkrankungen an der Pest und
126 Todesfälle gemeldet. Seit Wiederausbruch der Pest sind in-
gesammt 408 Todesfälle vorgekommen. —

Amerika.

Montevideo, 9. Januar. Der Präsident unterzeichnete ein
Dekret, durch welches fünf Bataillone der Nationalgarde einberufen
werden. Es wird vermutet, daß damit auf die der Kandidatur des
Präsidenten feindlichen Mitglieder des gesetzgebenden Körpers ein
Zwang ausgeübt werden solle. —

Parlamentarisches.

Das Reichs-Marine-Amt hat, wie die „B. N. N.“ mit-
theilt, als Ergänzung des mit dem Blottengesetz verbundenen ver-
öffentlichten statistischen Materials, betreffend die Seereserven des
deutschen Reiches, die Zusammenstellung und die Herausgabe
weiteren Materials in Aussicht genommen, die sich vor allem auf
Vergleichungen der Seereserven der übrigen Länder be-
ziehen soll.

Der preussische Landtag wird am Dienstag Mittag 1 Uhr
seine erste Plenarsitzung abhalten. Eine Reihe von Vorlagen werden
dem Hause erst am zweiten Sitzungstage zugehen. Seitens des Finanz-
ministers werden die vom Staatsministerium genehmigten
Gesetzentwürfe, wie betreffend den Staatshaushalts-Gesetz (sog. Kom-
pabilitätsgesetz), die Neubewilligung von 100 Millionen für An-
staltswesen in Posen und Westpreußen, Verstärkung der Fonds
der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse, Entschädigung der durch
Hochwasser erlittenen Verluste u. s. w. zusammen mit dem Staatshaushalts-
Gesetz eingebracht werden. Finanzminister Dr. v. Miquel
wird im Abgeordnetenhaus den Etat mit diesen anderen Vor-
lagen erläutern. Nach Eröffnung des Landtages werden dem Herren-
haus das von der Generalsynode beschlossene und in dieser Fassung
von der Staatsregierung genehmigte Gesetz betreffend das Dienst-
einkommen der Geistlichen, und dem Abgeordnetenhaus der Bericht
über die Betriebsergebnisse der Eisenbahn-Verwaltung pro 1897
zugehen.

Mit dem Eisenbahnetat für das Rechnungsjahr 1898 wird
dem Landtage auch eine ausführliche Denkschrift über die Betriebs-
sicherheit der Eisenbahnen zugehen.

Achte Landes-Versammlung der Sozial- demokratie Badens.

Offenburg, 9. Januar 1898.

In der gestrigen Vorversammlung wurden verschiedene
interne Angelegenheiten erledigt. Von besonderem Interesse war
dabei die prinzipielle Debatte über die Frage, ob im Dienst der
Parteipresse stehende Journalisten Beziehungen zu bürgerlichen
Blättern von der Art der „Frankfurter Zeitung“ unterhalten dürfen.
Die große Mehrheit der Delegierten sprach sich direkt gegen einen
Antrag aus, wonach der Parteitag ersucht war, den Parteiredakteuren
alle Beziehungen zu bürgerlichen Blättern zu untersagen. Infolge
dessen zog der Antragsteller seinen Antrag zurück.

Mit großer Genehmigung wurde von der Versammlung die Er-
klärung Dreesbach's aufgenommen, daß von der aus der Zeit
der hiesigen Konflikte datierenden Spannung zwischen ihm und
seinem Landtags-Kollegen K. d. G. nicht mehr ein Schatten bestehe,
und daß sie beide entschlossen seien, zusammen zur Ehre der
Partei zu wirken.

Darauf wurde das Bureau der Landes-Versammlung wie folgt
zusammengesetzt: Dreesbach, Mannheim, 1. Vorsitzender;
Krohn, Konstanz, 2. Vorsitzender; K. d. G., Karlsruhe, und Opi-
gus, Pforzheim, Schriftführer.

Dem Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Württem-
bergs ist ein herzliches Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Bei Beginn der heutigen Hauptversammlung protestirte
der Vorsitzende Dreesbach gegen die polizeiliche Ueberwachung
des Parteitages durch zwei vom hiesigen Bezirksamt abgeordnete Gen-
darmerie-Wachmeister. Nach dem badischen Vereins- und Versammlungs-
gesetz sei nur die Ueberwachung öffentlicher Volksversammlungen
gesetzlich zulässig; aus den Motiven des Gesetzes ergebe sich, daß
ein Parteitag nicht als eine solche Versammlung zu betrachten sei.
Da die überwachenden Beamten sich nicht entzogen, erklärte Dreesbach,
daß die Landesversammlung sich die Ueberwachung unter Protest und
um der angebotenen Auflösung des Parteitages vorzubeugen, gefallen
lasse, daß sie aber zugleich die Landtagsfraktion der badischen
Sozialdemokratie beauftrage, diese Sache im Landtag zur Sprache
zu bringen und eine prinzipielle Entscheidung darüber
herbeizuführen, ob ein ordentlicher Parteitag der Sozialdemokratie
Badens als öffentliche Volksversammlung zu betrachten sei; dies
um so mehr, als die Parteitage der übrigen Parteien Badens
nicht polizeilich überwacht werden, und es sich daher
um ein Ausnahmefehl gegen die badische Sozialdemokratie
handelt. Die Landesversammlung erklärte sich mit diesen Aus-
führungen vollständig einverstanden.

Es folgte nun ein eingehendes Referat Dreesbach's über
die Erfolge der badischen Sozialdemokratie im letzten Jahre. Drees-
bach betrachtete die Wahlerfolge der badischen Genossen auch für
die Zukunft als vollständig gesichert und ist überzeugt, daß bei den
nächsten Wahlen weitere Erfolge nicht ausbleiben werden. Dreesbach
gedachte sodann der Todten der Partei aus dem letzten Jahre, be-
sonders der Genossen K. d. G. und Goegg, Grillenberger,
Schulze und Koeber-Mannheim. Die Delegierten erhoben sich
zur Ehrung der Verstorbenen von ihren Sitzen.

Darauf gab Eugen Wed den Bericht über die Mandats-
prüfungen. Eingelassen sind 50 Mandate von 49 Delegierten, die
zusammen 41 Mitgliedschaften repräsentieren. Ferner sind vertreten
der Landesvorstand, die Landtagsfraktion und die Parteipresse.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Geschäfts- und
Rassenbericht erhält der Landesvorstand Haug das Wort.
Das hauptsächlichste aus diesem Geschäfts- und Rassenbericht hat
der „Vorwärts“ bereits in einer seiner letzten Nummern gebracht.
Von den auf diesem Punkt der Tagesordnung vorliegenden An-
trägen wurden folgende angenommen:

Freiburg, Lörrach und Durlach: Die Beiträge für
die Landesliste sind von 5 auf 10 Pfg. pro Mitglied und Monat
zu erhöhen.

Offenburg: Der § 11 des Statuts erhält folgende Fassung:
Der monatliche Beitrag der Mitgliedschaften an die Landesorganisation
beträgt 10 Pfg.

Durlach: Die Mitgliedsbeiträge sind obligatorisch einzuführen.
Die Marken sind vom Landesvorstand zu beziehen, mit vierteljähr-
licher Abrechnung; die Abrechnungsformulare stellt der Landes-
vorstand.

Ein Antrag von Offenburg betreffend Verlegung des „Volks-
freunds“ wurde wegen dessen Ueberholung durch die Ereignisse
zurückgezogen.

Nach dem hierauf gegebenen Bericht der Revisoren
wurde dem Kassier des Landesvorstandes, Engesser, Freiburg,
einstimmig Decharge ertheilt.

Beim Punkt Presse führte der Berichterstatter Adolf Wed
aus, daß er in der erfreulichen Lage sei, in Beziehung auf die
geschichtliche Lage wie auf die Verhältnisse der beiden badischen
Parteiblätter Gutes mittheilen zu können. Der Abonnementstand
der Parteiblätter habe sich auch dieses Jahr erhöht; „Volksfreund“
und „Volksstimme“ hätten zusammen gegenwärtig 10 000 Abonnenten,
wovon etwa 4500 auf den „Volksfreund“ kämen. Was speziell den
„Volksfreund“ anlangt, so müsse er besonders hervorheben, daß
die zahlreichen Korrespondenten des Blattes die Mannung des
letzten Parteitages, bei der Berichterstattung mehr als bisher auf
Zuverlässigkeit der Angaben zu sehen, beherzigt hätten. Infolge
dessen sei die Zahl der Privatklagen gegen den „Volks-
freund“ erheblich geringer als im Vorjahre. Auch die Offizialklagen
seien nicht mehr so häufig als in früheren Jahren. So habe die
„Volksstimme“ dieses Jahr gar keine Offizialklage zu verzeichnen,
und die Anklagen gegen den „Volksfreund“ im Jütis- und im Mil-
itärkonkurrenz-Prozess, die bekanntlich beide mit Freisprechungen endeten,
seien von der Staatsanwaltschaft erst auf Drängen von Berlin aus
gestellt worden. Während die Staatsanwaltschaft die absolute
Fruchtlosigkeit ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie eingesehen
hätten, führten die Bezirksämter diesen Kampf mit um so
mehr Eifer. — Weniger erfreut als bei diesem
Punkte sprach sich Wed über die Frage der Verlegung des
„Volksfreunds“ nach Karlsruhe aus. Er gab zunächst eine
Darstellung des Ganges der Verhandlungen mit Dieh-Struttart
und erklärte, daß es ganz außer allem Zweifel sei, daß Genosse
Dieh, der sich ursprünglich bereit erklärt hatte, den Verlag des „Volks-
freunds“ bei seiner Verlegung nach Karlsruhe zu übernehmen, seine
anfänglich glänzende Ansicht über das Unternehmen erst in der „Berliner
Lust“ geändert habe. Sehr scharf wandte sich Wed gegen die Auffassung,
als ob die Unterhandlungen mit Dieh an der Höhe der geforderten Summe
für den Verlag des „Volksfreunds“, nämlich 15 000 M., gescheitert
seien. Die Summe von 15 000 M. für den Verlag ist thatsächlich
sehr bescheiden. Zum Schluß erklärte Wed, daß so, wie die Situation
jetzt liege, es thatsächlich aussichtslos sei, über diese Angelegenheit
irgend noch auf dem Parteitag zu diskutieren.

K. d. G. Karlsruhe hält die gegenwärtigen Verhältnisse
in Karlsruhe für unhaltbar. Die Karlsruher hätten aus den bis-
herigen Erfahrungen mit den Verhandlungen über die Verlegung des
„Volksfreunds“ die Lehre gezogen, daß sie sich auf keinen Fall auf
legend welche Versprechungen mehr einlassen würden. Sofern man
nicht auf der einen oder anderen Seite nachgibt, würden die Karlsruher
ihre eigenen Wege gehen, d. h. sobald als möglich ein eigenes Blatt
gründen.

Die Karlsruher Parteigenossen stellen nach der Erklärung K. d. G.
an Wed die direkte Anfrage, ob er bereit sei, den Verlag und die
Druckerei nach Karlsruhe zu verlegen. Sei dies nicht der Fall, dann
seien die Karlsruher nicht verantwortlich, wenn in Baden ein häß-
licher Parteistreit entstehe, wie es bereits in anderen Gegenden
Deutschlands geschehen.

Trepper-Karlsruhe steht auf dem gleichen Standpunkte
wie K. d. G.

Eugen Wed beantwortet eine etappenweise Ueberführung des
„Volksfreunds“ nach Karlsruhe; die nächste Stufe auf diesem Wege
sei die Ueberführung des Blattverlages in Partei-Eigenthum, vorerst
ohne Verlegung nach Karlsruhe.

Adolf Wed erklärt auf die Anfrage K. d. G., daß er nie und
nimmer, wie er es übrigens oft erklärt habe, das Blatt und die
Druckerei auf sein eigenes Risiko nach Karlsruhe verlegen könne.

Haug-Freiburg wehrt sich entschieden gegen die Behauptung
K. d. G., daß die Verhandlungen nicht an dem hohen Preis von
15 000 M. gescheitert seien. Der Preis sei zwar nicht zu hoch be-
rechnet für die Verhältnisse, unter welchen der „Volksfreund“ ent-
standen ist und gekämpft hat, wohl aber für die Partei, die eben
diese Summe nicht erschwingen könne.

Schäfers-Bulach spricht sich ebenso wie K. d. G. über die
Sache aus.

Darauf geht von den Offenburgern Parteigenossen folgen-
der Antrag ein, über den sofort die Diskussion beschlossen wird:

„Es ist die Ueberführung des Verlagsrechtes des „Volksfreunds“
in das Eigenthum der Landes-Organisation anzubahnen. Der
„Volksfreund“ soll, wenn die materiellen Bedingungen
hierfür vorhanden sind, täglich in Karlsruhe erscheinen.
Bis dahin wird das Blatt, wie bisher, in Offenburg, aber im
Partei-Verlag herausgegeben. Eine heute zu wählende
Kommission, von Parteigenossen aus den verschiedenen Landesstellen
zusammengesetzt, soll die Bedingungen für die Ueberführung fest-
stellen.“

Dreesbach hält die Auffassung des Antrages für richtig und
glaubt, daß besonders vom geschäftlichen Standpunkt aus der
Verwirklichung des Projekts in diesem Sinne nichts entgegenstehe.

Eugen Wed schließt sich den Ausführungen Dreesbach's an.
Adolf Wed hält das angebotene eigenmächtige Vorgehen der
Karlsruher für absolut unangenehm. Er glaubt, daß der Antrag der
Offenburgern Genossen, obwohl vorerst nur platonisch zu nehmen,
dennoch mehr Aussicht auf praktischen Erfolg habe. Was ihn
persönlich betreffe, so bänge die Ueberführung des „Volksfreunds“ in
Partei-Eigenthum lediglich davon ab, ob die Partei im Stande sei,
Garantie für Beschaffung der für die Abtretung des Verlags ge-
forderten Summe zu leisten. Im übrigen befragte Wed, in die
Kommission in allererster Reihe Sachkenner zu wählen.

K. d. G. Karlsruhe wehrt sich gegen die Vorwürfe, als ob die
Karlsruher in ihren Wünschen zu weit gingen.

Trepper-Karlsruhe spricht sich ebenso wie K. d. G. aus.

Ein Antrag auf Debatte wird angenommen. Im Schlus-
wort hält Dreesbach es vor allem für nöthig, daß im Antrag
der Offenburgern Parteigenossen enthaltene Projekt nach der geschäft-
lichen Seite hin zu prüfen, und giebt den Rath, für den Antrag der
Offenburgern in dem Sinne zu stimmen, daß für den Fall, daß
die zu wählende Kommission die Ueberführung des „Volksfreunds“
geschäftlich für möglich erachtet, diese in absehbarer Zeit erfolgen
soll. Im übrigen giebt Dreesbach eine Definition des von K. d. G.
gebrauchten Ausdrucks „Berliner Lust“. Der Grund des Scheiterns
der Verhandlungen mit dem Genossen J. H. W. Dieh sei nicht nur
in der Forderung von 15 000 M. für den Verlag zu suchen, sondern
auch darin, daß Dieh in seinen Entschuldigungen über derartige
Unternehmungen eben nicht mehr frei sei, seitdem er in Gemein-
schaft mit Bebel und Singer die Stuttgarter Firma führt.

Bei der Abstimmung wird der Offenburgern Antrag an-
genommen. In die Kommission werden gewählt: Dreesbach,
Mannheim, Haug-Freiburg, Offenburg, Eugen Wed-Offenburg,
K. d. G., Freiburg, Hoch-Durlach, Opiarius, Pforzheim.
Damit ist der Punkt Presse erledigt.

In den Landes-Vorstand werden wieder Haug als Vor-
stand und Engesser als Kassier gewählt; man bewilligte ihnen
100 M. Entschädigung. Zum Vorort wird wieder Freiburg
bestimmt. Die Wahl der Revisoren ist dem Wahlverein des Vorortes
überlassen. Als Ort der nächsten Landes-Versammlung wird Durlach
gewählt. Schließlich wird ein Mannheimer Antrag angenommen,
der sich für die Abhaltung der Parteitage an gewöhnlichen Son-
ntagen und nicht etwa an Weihnachten, Ostern oder Pfingsten aus-
spricht.

Beim Punkt Reichstags-Wahlen giebt Dreesbach
ein scharfsinniges Bild der heutigen politischen Situation im
Reich. Er glaubt, daß wir uns im nächsten Wahlkampf in aller-
erster Reihe gegen den Meeressieg wappnen müssen. Einen
Erfolg im 1. badischen Reichstags-Wahlkreis Konstanz hält
Redner für total aussichtslos. Auch im 2. und 3. Wahl-

kreis (Donauessingen, Bisingen und Sickingen-Waldshut) sei
wenig zu erwarten; doch wäre immerhin einige Agitation
in diesen Kreisen zu empfehlen. Sehr warm trat Dreesbach
für die Agitation im 4. Wahlkreis Lörrach ein, das sich bei den
letzten Landtagswahlen sehr gut gehalten hat. Der 5. Wahlkreis
Freiburg müsse mehr als bisher berücksichtigt werden; ebenso der
6. Kreis Pforzheim. Mit ganz besonderer Energie müsse im 7. Wahlkreis
Offenburg gearbeitet werden. Im 8. badischen Reichstags-Wahl-
kreis Baden-Kastatt ständen unsere Aussichten sehr schlecht; es werde
angebracht, der lokalen Streitigkeiten in diesem Wahlkreis Nähe
kosten, unsere letzte Stimmzahl zu erhalten. Im 9. badischen
Wahlkreis Pforzheim müsse, wenn nicht wieder lokale Streitigkeiten
wie bei der Landtagswahl den Erfolg vereiteln, der Sieg sicher sein.
Mit Sicherheit sei für den 10. Wahlkreis Karlsruhe vorauszusagen,
daß er im nächsten Reichstag nicht mehr freisinnig-demokratisch,
sondern entweder nationalliberal oder sozialdemokratisch ver-
treten werde. Unser Sieg werde ganz allein von
der Haltung der Karlsruher Freisinn-Demokratie abhängen;
denn die Stichwahl zwischen dem nationalliberalen und dem
sozialdemokratischen Kandidaten sei fast sicher. Ein sehr hantes
Kolorit werde der 11. badische Wahlkreis Mannheim im Wahlkampf
zeigen. Wenn die Steigerung der sozialdemokratischen Stimmzahl
in Mannheim bei der Reichstagswahl der Stimmzahl bei der
letzten Landtagswahl entspreche, dann sei unser Sieg nicht zweifel-
haft. So viel sei sicher, daß der bisherige Abgeordnete, der National-
liberale Wasserhagen, nicht wieder in den Reichstag einziehen
werde. Im 12. Wahlkreis Heidelberg werde es sich darum
handeln, unsere bisherige Stimmzahl zu erhalten. Sehr
dunkel sehe es im 13. und 14. Wahlkreise Bietzenheim und
Waldbrunn aus. Unsere Hauptkräfte müssen wir nach Ansicht
Dreesbach's auf den 9., 10. und 11. Wahlkreis konzentriren. Redner
warnt vor Vergebung von materiellen und rednerischen Mitteln in
aussichtslosen Wahlkreisen und ist der Ueberzeugung, daß wir bei
Einsparung aller Kraft glänzende Erfolge bei den nächsten Reichs-
tagswahlen zu verzeichnen haben werden. (Großer Beifall.)

Opiarius-Pforzheim verwahrt sich gegen die Ansicht
Dreesbach's, daß die lokalen Streitigkeiten schuld an dem Mißerfolg
bei der Landtagswahl in Pforzheim gewesen seien.

K. d. G. macht den Vorschlag, es den Organisationen der
einzelnen Wahlkreise zu überlassen, ihre Kandidaten auszustellen;
der Parteitag habe nur die allgemeinen Grundsätze für die Wahl
aufzustellen. Wed beauftragt, die Reichstagswahl-Agitation mit der
Feier der 48er Revolution einzuleiten.

Angeichts der vorgeschrittenen Zeit wird Schluß der Debatte
beschlossen. Der Antrag Hornbergs: „Die Landesversammlung
möge, so weit dies möglich ist, beschließen, daß jeder aufgestellte
Kandidat nur einen Wahlkreis bekommen soll, es soll also so gut
wie möglich jede Doppelpostulatur vermieden werden“, wird an-
genommen und sodann beschloffen, die Aufstellung der Kandidaten
den einzelnen Wahlkreisen im Verein mit dem Landesvorstand zu
überlassen.

Zum Antrag Offenburg's: „Die Landesversammlung möge sich
barbarisch schlüssig machen, in welcher Weise die Sozialdemokratie
Badens die fünfzigjährige Feier der Volks-
erhebung von 1848/49 zu begehen gedenkt“, wird beschloffen,
diese Angelegenheit dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion
zur Regelung zu überlassen.

Der Antrag Pleiderer-Bisingen: „Die Landesversammlung
möge darüber in Beratung treten, ob der Herausgabe eines sozial-
demokratischen Bauernkalenders durch die sozialdemokratische Partei
Badens gewichtige Hindernisse im Wege stehen, und ob es anginge,
einen Kalender womöglich zum Selbstkostenpreis herauszugeben, da
bei Bauern der billige Preis den Vorzug sichern würde. Eventuell:
Die Landesversammlung möge eine Kommission wählen, welche
diese Frage nach ihrer technischen und finanziellen Seite zu unter-
suchen und die Verwirklichung des Projekts in die Hand zu nehmen
hätte“, wird dem Landesvorstand zur Erwägung überwiesen.

In einem schwingvollen Schlußwort betonte Dreesbach
die währliche sachliche Art der Debatten des Parteitages und sprach
die Hoffnung aus, daß insbesondere der Beschluß betr. Ueberführung
des „Volksfreunds“ in Partei-Eigenthum entsprechend ausgeführt
werde. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die
Landesversammlung geschlossen.

Partei-Nachrichten.

Verichtigung. In der in der Sonntags-Nummer veröffent-
lichten Notiz über die Magdeburger „Volksstimme“ ist ein
sinnentstellender Druckfehler enthalten. Es heißt dort am Anfang:
„Die Magdeburger Volksstimme“, deren Abonnementstand schon im
alten Jahre besonders infolge der polizeilichen Verhörungen
genommen hat“ u. s. w. Es sollte natürlich heißen: „polizeilichen
Verfolgungen“.

Weiter ist in der Notiz aus Norwegen Zeile 11 von oben
anstatt „aber“ zu lesen: „oder“.

In Zwickau stellte am Sonntag eine Parteibesuche Volks-
versammlung den bisherigen sozialdemokratischen Vertreter des
Kreises im Reichstags, Genossen Gärtner W. Stolle aus Besau,
einstimmig wieder als Kandidaten für den Reichstag
auf. Weiter wurde eine Resolution angenommen, worin die Landes-
konferenz aufgefordert wird, gegen die von den Konservativen
beantragte Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechts
Stellung zu nehmen. Ferner wird beantragt, daß die Landes-
konferenz das nächste Mal in Crimmitschau abgehalten werden soll.

In die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ist, wie
die „Münchener Post“ mittheilt, deren Mitarbeiter Dr. Gustav
Morger-Kern am 1. Januar eingetreten.

Ueber die Wirksamkeit der dänischen Sozialdemokratie
im Jahre 1897 wird geschrieben: Am Schluß des Jahres 1896
belleidete die Sozialdemokratie Dänemarks 108 öffentliche Vertrauens-
ämter, davon 11 im Reichstags und die übrigen in den Gemeinde-
vertretungen. Im Jahre 1897 ist die Macht der Partei namentlich
in den Gemeindevertretungen gewachsen, und zwar sind nicht weniger
als 108 Sozialdemokraten neu in solche Stellen gewählt worden, so-
daß sich also die Zahl der Parteirepräsentanten verdoppelt hat.
In einer großen Anzahl anderer Gemeinden hat die Sozialdemokratie
mit so bedeutend steigender Stimmzahl an den Wahlen theil-
genommen, daß für die nächsten Wahlen zahlreiche weitere Siege zu
hoffen sind.

Aber nicht nur in diesen Wahlergebnissen offenbart sich der
wachsende Einfluß der Partei, sondern noch viel mehr in dem ge-
samten politischen Leben. Charakteristisch hierfür ist, daß die von
der Sozialdemokratie im Vorjahre gestellte Forderung auf Erhöhung
des Lohnes der Staatsarbeiter, wodurch erreicht wurde, daß die
Regierung eine Enquete über diese Lohnverhältnisse veranstaltete,
jetzt auch in den anderen Parteien Zustimmung gefunden
und Aussicht auf eine wenigstens theilweise Erfüllung hat.
Erfolgreich beginnt auch die Agitation der Partei für Durch-
führung des Achtstunden-Arbeitstages zu werden. So haben die
Kopenhagener und Frederiksborger Gewerkschaften ihn eingeführt. Auch
die Annahme eines Gesetzes, das die Arbeitszeit in den Fabriken
und Konditoreien beschränkt, ist ein Erfolg der auf Verkürzung der
Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen der Partei.

In der Frage der Unterstützung der Arbeitslosen durch Staats-
zuschüsse an die Hilfskassen der Gewerkschaften ist infolge der ab-
nehmenden Haltung der anderen Parteien bisher freilich nichts er-
reicht — aber die Partei wird mit ihren Forderungen so oft
wiederkommen, bis auch dieser Stein des Missstandes hinweggeräumt
ist. Zu den auf die immer wiederholten Forderungen der Sozial-
demokratie zurückzuführenden Reformen gehört auch das vom Volk-
recht angeordnete Arbeiter-Unfallversicherungs-Gesetz, das, trotz
seiner Mangelhaftigkeit, doch erfreulich ist als Anerkennung des
Prinzips der weiter umschaffenden Staatsfürsorge.

Aber auch sonst hat die Sozialdemokratie im Parlament eine
eifrige Thätigkeit entfaltet, die nicht ohne Einfluß geblieben ist.
Wir erwähnen nur ihre zahlreichen Anträge und Vorschläge zum

Arbeiterbefreiungsgesetz, zur Steuerreform hinsichtlich einer stärker steigenden Stala, zur Schulfrage in Beziehung auf Erweiterung des Unterrichts, freie Speisung armer Kinder und freiere Stellung der Eltern in der Frage des Religionsunterrichts, ferner die Vermählungen, die wachsenden Militärforderungen herabzusetzen.

Zur Foksetzung ist die Partei dabei nicht ohne Einfluss gewesen, aber alles scheitert am Widerstande des Bundesrats, der alle Reformen ablehnt und damit beweist, daß dieser Thing nicht mehr zeitgemäß ist und daher fortgesetzt werden muß.

Endlich hat der skandinavische Kongress in Stockholm im letzten Sommer viel dazu beigetragen, die internationale Verbrüderung der Arbeiter zu fördern.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen die „Frankische Tagespost“ in Nürnberg sind im vergangenen Jahre Strafen erkannt worden: 150 M. wegen Beleidigung des ehemaligen Polizeihauptmanns Palmberger; 50 M. wegen groben Unfugs, verübt durch ironische Besprechung eines bei der Staatsbürger-Vereinigung vorgelassenen „Frischensfalls“; 10 M. wegen Quittirens über eine für die streitenden Hamburger Hafenarbeiter eingegangene Unterstützung, und 20 M. Geldstrafe wegen des Verichts über eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände, wo beschlossen worden war, zum besten der Hafenarbeiter „Ertamaranten“ anzugeben. In den beiden letzteren Fällen soll die „Frank. Tagespost“ zu einer verbottenen, weil nicht genehmigten Sammlung aufgefordert haben.

Unserm neuesten Kurs.

- Dezember.
- Lüneburg. Wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz 3 Genossen je 15 M., und 2 Genossen je 30 M. Geldstrafe. — Wegen Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten 1 Genosse 12 M. Geldstrafe.
 - Berlin. Genosse Jacobey wegen Beleidigung von Militärpersonen 100 M. Geldstrafe.
 - Hof. 2 Monate 15 Tage Gefängnis Genosse Taubold wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft.
 - Dresden. Wegen Beleidigung des Eisenbahnministers Genosse Reulirch 150 M. Geldstrafe. Antrag 9 Monate Gefängnis.
 - Dachau. 30 M. Geldstrafe Genosse Nthau wegen Beleidigung eines Wachtmeisters.
 - Witten. Ein Genosse wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 15 M. Geldstrafe.
 - Leipzig. Zwei Maurer wegen Mißhandlung eines Streikbrechers je 6 Monate Gefängnis.
 - Glauchau. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Schmalz 20 M. Geldstrafe.
 - Leipzig. 2 Wochen Gefängnis ein Maurer wegen Verübung eines Streikbrechers.
 - Danzig. Drei Genossen je 60 M. Geldstrafe wegen Verbreitung von Flugblättern an öffentlichen Orten.
 - Langenbiefen. Genosse Feldmann 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Abgeordneten Schopf.
 - Dresden. Zwei Wochen Gefängnis Genosse Nischke wegen Beleidigung eines Gen darmen.
 - Magdeburg. Wegen unerlaubten Kollektirens die Genossen Gärtner, Schulz und Bahle je 5 M. Geldstrafe. — Genosse Bahle wegen Beleidigung von Militärpersonen 8 Monate Gefängnis.
 - Norua. 5 Genossen wegen Verübung groben Unfugs je 15 M. Geldstrafe.
 - Hamburg. Einen Monat Gefängnis ein Normmacher wegen Vergehens gegen § 133 der Gewerbe-Ordnung.
 - Halle. Genosse Böckel wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft 30 M. Geldstrafe.
 - München. Wegen Beleidigung des Besitzers des „Simplissimus“ Genosse Schmid 10 M. Geldstrafe.
 - Oderberg. Ein Monat Gefängnis Genosse Känke wegen Beleidigung eines Gen darmen.
 - Stuttgart. 50 und 75 M. Geldstrafe Genosse Keil wegen Beleidigung eines Schultheißen und eines Pfarrerwebers.
 - Dresden. Wegen Verübung eines Gen darmen Genosse Reulirch 1 Monat Gefängnis.
 - Lübeck. Zwei Tischler und zwei Bauarbeiter je 3 Tage Haft wegen Verübung groben Unfugs.
- Insgesamt wurde erkannt auf 1 Jahr 8 Monate 3 Wochen und 6 Tage Gefängnis und 737 M. Geldstrafe.
- Berlin, den 8. Januar 1898.

Der Parteivorstand.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Lohnreduktion. Die Webersrei von Riebig und Peter in Elsterberg hat ihren Arbeitern eine Lohnreduktion bekanntgegeben, weil angeblich infolge der schlechten Geschäftslage die Waarenpreise herabgesetzt werden müßten. Da die Organisation der Arbeiter recht schwach ist, so müssen die niederen Löhne von den Arbeitern ruhig ertragen werden.

Das Gewerkschaftskartell in Offenbach hatte im vergangenen Jahre eine Einnahme von 4627,09 M. und eine Ausgabe von 4408,71 M. zu verzeichnen. Das Gewerkschaftskartell in Halle verfügte über eine Einnahme von 4032,51 M., der eine Ausgabe von 3801,50 M. gegenüberstanden.

Der Streik der Schuhmacher in der Fabrik von Regensteiner in Pasing-München dauert ununterbrochen fort. Der Fabrikant hat nunmehr auch den Arbeitern seiner Filiale in München gelündigt und dem Arbeiterausschuß eröffnet, daß die Kündigung in 14 Tagen zurückgezogen wird, wenn bis dahin der Ausstand in Pasing beendet ist.

Die Steinbauer und Schleifer der Firma Tröger u. Fricker in Seuffen (Fichtelgebirge) haben die Arbeit eingestellt, weil die bisherige Arbeitszeit um eine Stunde verlängert werden sollte.

Ausland.

Die englischen Maschinenbauer erhielten am Freitag über 800 Pfd. Sterl., wovon wieder 100 Pfd. Sterl. vom deutschen Holzarbeiter-Verband. Der Gewerkschaften der Maschinenbauer hat gegenwärtig zu unterstützen 3000 seiner Mitglieder an der Alters-Pensionskasse und 2000 Kranke. 27 000 Mitglieder sind im Streik begriffen, außerdem zählt der Gewerkschaften Streikunterstützung an 4000 Nichtorganisierte, an 850 Behringe und 3000 Mann, die anderen Berufs angehören, aber durch den Kampf arbeitslos geworden sind. Zur Unterstützung der am Streik Beteiligten braucht die Union jetzt wöchentlich 26 000 Pfd. Sterl. Diese Summe wird aufgebracht durch die Ertabesträge der weiterarbeitenden Mitglieder und zwar 11 000 Pfd. Sterl. pro Woche; die durchschnittliche Einnahme aus Quellen außerhalb des Vereins betrug bisher pro Woche 7000 Pfd. Sterl., die täglich beschlossene Schließung der Ertabesträge wird etwa 2000 Pfd. Sterl. wöchentlich bringen. Das macht zusammen 20 000 Pfd. Sterl., so daß ein Defizit von 6000 Pfd. Sterl. verbleibt, die aber jedenfalls nach den auf der Londoner Gewerkschaftskonferenz gefassten Beschlüssen durch Beiträge der Trades-Unions herangezogen werden dürften. An Streikunterstützung erhielten bisher pro Woche: Londoner verheiratete Mitglieder 18 Schilling, verheiratete Mitglieder in der Provinz 16 Sch., Ledige 12 Sch.; an die zu anderen Berufs Gehörigen wurden 9 Sch., und die Nichtorganisierten 7 1/2 Sch. bezahlt. Von Anträgen des Streiks sind an freiwilligen Gaben im Bureau der Maschinenbauer eingegangen 113 000 Pfd. Sterl. — Die Konferenz der englischen Bergarbeiter-Föderation sanktionierte die von ihrem Komitee gezahlten Zuschüsse an die Maschinenbauer und votierte für die Zukunft 800 Pfd. Sterl. pro Woche.

Soziales.

Die soziale Schichtung der gewerblichen Bevölkerung im preussischen Staate mit Berücksichtigung des Geschlechts in den Jahren 1882 und 1895. Wie bekannt, ist die Zahl der im preussischen Staate gewerblich thätigen Personen in der Zeit von 1882 bis 1895 von 4 209 585 auf 5 876 083, d. i. um 38 pCt. gestiegen. Von ihnen waren im Jahre 1882 3 414 045, im Jahre 1895 4 688 864 männlichen, im Jahre 1882 795 540, im Jahre 1895 1 187 219 weiblichen Geschlechts; die Steigerung beträgt mithin bei den Männern 37 pCt., bei den Frauen 49 pCt.

Ihrer sozialen Stellung nach waren

1. Betriebsinhaber im Jahre 1882 1 600 955, nämlich 1 208 056 Männer und 392 899 Frauen, im Jahre 1895 1 648 633, nämlich 1 285 253 Männer und 363 380 Frauen,
2. Verwaltungs-, technischen Aufsicht-, Kontor- und Rechnungspersonal im Jahre 1882 1 154 911, nämlich 1 130 023 Männer 2468 und Frauen, im Jahre 1895 252 862, nämlich 242 435 Männer und 10 427 Frauen.
3. Gehilfen, Arbeiter und mitarbeitende Familienangehörige im Jahre 1882 2 498 089, nämlich 2 062 966 Männer und 400 123 Frauen, im Jahre 1895 3 974 588, nämlich 3 161 176 Männer und 813 412 Frauen.

Es hat sich mithin in der gedachten Zeit die Zahl der Betriebsinhaber um 3, die des Verwaltungs-, technischen Aufsicht-, Kontor- und Rechnungspersonals um 119 und die der Gehilfen und Arbeiter um 59 v. H. vermehrt, und zwar beträgt diese Zunahme, nach Geschlechtern getrennt, bei den männlichen Betriebsinhabern 6, bei den männlichen Verwaltungs-, technischen Aufsicht-, Personal 115 und bei dem männlichen Gehilfen- und Arbeiter- Personal 51 v. H., bei dem weiblichen Verwaltungs-, technischen Aufsichtspersonale 322 und bei dem weiblichen Gehilfen- und Arbeiterpersonale 108 v. H.; die Zahl der weiblichen Betriebsinhaber hat dagegen um 8 v. H. abgenommen.

Ihrer Beschäftigung nach in folgende drei Hauptgruppen eingeteilt: A. umfassend die der Landwirtschaft nahe stehenden Gewerbe (Kunst- und Handwerksbetriebe; Thierzucht, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen; Fischerei). B. umfassend die eigentlichen Gewerbe und die Industrie. C. umfassend die Handels- und Verkehrsgewerbe einschließend der Gattwirtschaft. — Setzt sich die gewerblich thätige Bevölkerung wie folgt zusammen. Es waren beschäftigt:

in der Hauptgruppe	im Jahre 1882		im Jahre 1895		Zunahme v. H.	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
A.	42 129	5 790	55 001	11 075	+ 31	+ 91
B.	2 778 557	611 786	3 809 623	788 502	+ 37	+ 26
C.	598 938	177 964	890 240	407 642	+ 30	+ 125

Bei dieser Zusammenstellung fällt die verhältnismäßig außerordentlich starke Zunahme der Frauen bei A, ganz besonders aber bei C und, im Gegensatz dazu, ihre im Verhältnisse geringe Vermehrung bei B in die Augen.

Einen Aufruf an die deutschen Frauen auf dem Lande erläßt der Ausschuss für Wohlfahrtspflege auf dem Lande. Ein großer Theil der Aufgaben, die sich der genannte Ausschuss gestellt hat, fällt in das Arbeitsgebiet der Frau und löst ohne deren Mitarbeit nicht gelöst werden. Speziell den Frauen zugewiesen werden Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Nothstände auf dem Lande, wie Kinderpflege, Krankenpflege, Mädchenhorte, hauswirtschaftliche Ausbildung der Mädchen, Erleichterung der Erwerbsthätigkeit von Frauen und Mädchen, Krankenpflege, Verbesserung der Mähligkeitsbestrebungen etc. Ferner wird den Frauen nahe gelegt die Pflege des Gemüths- und Geisteslebens der Landbevölkerung. Hier gelte es vor allem, an der Förderung und Veredelung der geistlichen Unterhaltungen und Vergnügungen, besonders an der Reform der Sonntag- und Festtagsfeier mitzuwirken, Familien-, Volks- und Gutsabende einzurichten, Dorf-Gesangsvereine, Volk- und Jugendspiele zu befördern und persönlich daran theilzunehmen. Lesevereine, gesellige Abende der Arbeiterinnen auf dem Lande, gemeinsame Ausflüge mit ihnen könnten den „Damen der gebildeten Stände“, wie es im Aufruf heißt, ein ungemein segensreiches Feld der Thätigkeit eröffnen. Man wendet sich deshalb an die Frauen der gebildeten Stände auf dem Lande mit der Bitte, an diesem „Kulturwerk“ theilnehmen zu wollen, parteipolitische, soziale und religiöse Verschiedenheiten sollen bei dieser Arbeit ganz zurücktreten.

Schon früher haben wir Gelegenheit gehabt, uns mit diesen etwas sentimental angehauchten Bestrebungen zu beschäftigen. Wir haben keinen besonderen Grund, sie zu fördern, und ebensowenig einen, sie zu bekämpfen, sofern wir nicht etwa durch spezielle Vorkommnisse zur Bekämpfung gezwungen werden. Alle diese Pläne mögen ganz gut und edler Gesinnung entspringen, aber an irgendwelche Erfolge ist nicht zu denken. Zur Pflege des Gemüths- und Geisteslebens insbesondere gehört vor allen Dingen ein Menschenmaterial, das nicht durch übermäßige Arbeit körperlich und geistig ernübert ist, und dem man durch ausreichende Bezahlung und weniger elende Wohnungen die gesunde Empfänglichkeit und Heiterkeit des Gemüths erhalten hat, die die erste Voraussetzung für die Pflege des Gemüths- und Geisteslebens des Volkes sind. Aber hier hapert's. Die Wohlfahrtspflege möchten manche Junker und sonstige Großgrundbesitzer schon haben, weil sie hoffen, sich dadurch die Landarbeiter auf der Scholle zu erhalten. Aber die Fundamente aller Wohlfahrtspflege zu schaffen, nämlich anständige Bezahlung, anständige Arbeitszeit und anständige Wohnung, dazu mögen sie sich nicht verstehen. — So hängt die ganze ländliche Wohlfahrtspflege in der Luft, und auch die jarten Finger der „deutschen Frauen“ werden nicht im Stande sein, sie auf den realen Boden ostelbischer Kartoffelfelder herabzuliegen.

Gerichts-Beilage.

Für verantwortliche Redakteure ist eine Kammergerichts-Entscheidung von großer Bedeutung. Der Schriftsteller Laversenz war seinerzeit angeklagt worden, als Redakteur des „Schöneberger Tagesblattes“ den Gemeindevorsteher Schmol von Schöneberg beleidigt zu haben. In einer Nummer der genannten Zeitung, die der Angeklagte verantwortlich gezeichnet hatte, war nämlich ein Artikel erschienen, worin dem Gemeindevorsteher Schmol der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht wurde. Das Schöffengericht verurtheilte L. dem auch zu einer Geldstrafe von 30 M. Der Angeklagte legte Berufung ein und machte folgendes geltend: Er habe zwar in der betreffenden Angelegenheit einen Artikel geschrieben und ihn auch nach der Druckerei zum Abdruck in der Zeitung gesandt. Der Artikel sei aber nicht gedruckt worden. Statt seiner habe man einen weit schärferen Artikel ohne Wissen und Willen des Angeklagten in die Zeitung aufgenommen, nämlich den, worin Schmol die Beleidigung finde. Hierfür könne man ihn unter den obwaltenden Umständen nicht verantwortlich machen. Sein Artikel habe keine Beleidigung enthalten, und er sei über den Abdruck des anderen Artikels sehr überrascht und sehr aufgeregt gewesen. Die Strafkammer wies indessen die Berufung mit der Begründung zurück, daß dem Angeklagten doch eine gewisse Fahrlässigkeit zur Last falle. Er hätte sich, bevor die Zeitung zum Versandt gelangte, davon überzeugen müssen, daß sein Name nicht mißbraucht werde. Da er dies nicht gethan habe, sei er immerhin haftbar. Nunmehr ergriff L. das Rechtsmittel der Revision an das Kammergericht. In der gestrigen Verhandlung erklärte selbst der Oberstaatsanwalt, daß das Landgericht sei zu weit gegangen. Wenn wirklich die Aufnahme des Artikels wider Wissen und Willen des Angeklagten erfolgt sei, dann wäre doch wohl dessen Schuldlosigkeit anzunehmen. Nach der Drucklegung könne ja der Redakteur kaum etwas an den Thatfachen ändern. Der Straffenat trat dieser Auffassung bei, hob das Urtheil auf und wies die Sache zu anderweitiger Entscheidung in die Vorinstanz zurück. Sache des Redakteurs sei es, das Material zusammenzustellen, und wenn er es an die Druckerei abgegeben habe, dann könne er mit recht

annehmen, daß es auch seiner Weisung entsprechend gedruckt werde. Für wider sein Wissen eingeschaltete Artikel sei er nicht verantwortlich zu machen.

Wegen angeblicher Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche hatte sich gestern der Maurer Karl Peter 3 vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Am Abend des 12. Oktober v. J. fand im Lokale Waldemarstr. 75 eine Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins des 4. Wahlkreises statt. In dieser Versammlung soll der Angeklagte u. a. gesagt haben, daß ein Prediger bei der Beerdigung nicht nöthig sei. Was sei es denn für eine Kunst, eine Rede zu halten? Er habe am Grabe seiner Mutter selbst eine Rede gehalten, die Genossen würden wohl den Unterschied zwischen einem Pfaffenaltar und einem sozialdemokratischen rothen Kranz kennen. Nach dieser Aeußerung nahm der überwachende Polizeikommissar Veranlassung, die Versammlung aufzulösen. Der Angeklagte gab den Thatbestand zu, wollte in der beanstandeten Aeußerung etwas Strafbares aber nicht erblicken können. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt anderer Ansicht, zweifellos sei durch den angezogenen Vergleich das Klein- des Geistes herabgewürdigt worden. Das Urtheil lautete auf 14 Tage Gefängnis. Hauptsächlich hebt die Revisionsinstanz das sonderbare Urtheil auf. Das könnte ja immer zweifelhaftiger werden, wenn die Hervorhebung des Gegenfaches zwischen der Amtstracht eines Pastors und einem rothen Kranz schon als Religionsvergehen betrachtet würde!

Aus zwei geringfügigen Anlässen bildeten sich Klagen entgegen, welche eine Verhandlung, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Revisor Max Lewy war des Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung und der verurtheilten Beamtenbestechung beschuldigt. An einem Sonntag-Nachmittag war ein kleines Mädchen in den Laden des Angeklagten gekommen und hatte ein Stück Schokolade für 5 Pf. gekauft. Als Lewy das Kind darauf aufmerksam machte, daß er des Sonntags nichts über die Straße verkaufen dürfe und dasselbe die Schokolade deshalb im Lokale verzehren müsse, erwiderte das Kind, daß es mit seiner draußen wartenden Schwester die Schokolade theilen müsse. Der Verkäufer wagte es darauf, gegen die gesetzliche Vorschrift zu verstoßen. Gleich darauf erschien ein Kriminalbeamter im Laden und wies den Inhaber auf das begangene Vergehen hin. Der Angeklagte erklärte die Umstände, unter denen es geschehen war, und fügte hinzu: „Sie werden mich doch nicht anzeigen? Kommen Sie, trinken Sie ein Glas Bier.“ Hierin erblickte der Beamte einen Versuchungsvorwurf, da er annahm, daß er für die Unterlassung der Erstattung einer Anzeige das Glas Bier erhalten solle. Der Staatsanwalt war derselben Ansicht, er beantragte wegen des Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung eine Mark, wegen der zweiten Straftat 50 M. Geldstrafe. Der Verteidiger Rechtsanwalt J. o. n. a. erzielte, daß der Gerichtshof die Strafe wegen der verurtheilten Bestechung auf 10 M. ermäßigte.

Zu dem am Sonntag gebrachten Bericht über die Entscheidung der Frage, ob in Barbierstuben ohne Erlaubnis der Polizei Druckschriften vertheilt werden dürfen, theilt und der aus dem Prozeß als Freigesprochener hervorgegangene Parteigenosse J. aus Danzig mit, daß er nicht Barbier, sondern Zimmergeselle sei.

Das Reichsgericht hat das Verfahren gegen einen f. J. in Hensburg verhafteten Mann namens Nilow alias Schulze, gegen den die Voruntersuchung wegen Verrathes militärischer Geheimnisse (Gesetz vom Mai 1893) geführt wurde, wie das „Leipz. Tagebl.“ meldet, eingestellt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 10. Januar. (W. T. B.) Nach einer an das Oberkommando der Marine gelangten telegraphischen Meldung ist der Dampfer „Darmstadt“ mit dem Auslandsbataillon am 10. Januar in Colombo eingetroffen und beabsichtigt am 11. Januar nach Hongkong in See zu gehen.

Gleiwitz, 10. Januar. (W. T. B.) Der „Oberöhl. Wanderer“ meldet: Heute Abend 6 1/2 Uhr fuhr auf dem Gleiwitzer Rangierbahnhof ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Von dem Personenzuge, der mit zwei Maschinen bespannt war, wurde die erste Maschine zertrennt, von dem Güterzuge die Lokomotive und fünf Wagen beschädigt. Ein Beamter des Güterzuges, sowie der Zugführer und ein Hilfsbremser des Personenzuges wurden schwer verletzt; zwei Beamte sollen leicht verletzt sein. Von den Passagieren wurde niemand verletzt. Beide Weisen sind gefesselt. Die Verletzten wurden nach dem Gleiwitzer Krankenhaus gebracht.

Leipzig, 10. Januar. (W. T. B.) Wie das „Leipz. Tagebl.“ erfährt, befindet sich die Nachricht, daß es sich bei der vor kurzem in Rachen vorgenommenen Verhaftung eines Bezirksfeldwebels um Landesverrath handle. Die Sache ist bereits beim Reichsgericht anhängig gemacht.

Strasburg i. Els., 10. Januar. (W. T. B.) Der Statthalter eröffnete dem Landesauschuß mit einer Rede, welche die Finanzlage als befriedigend bezeichnet. Er kündigt sodann noch die Einbringung verschiedener Gesetzentwürfe an, namentlich solcher Vorlagen, die sich auf die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches beziehen. Zum Präsidenten wurde Dr. v. Schlumberger, zum ersten Vizepräsidenten Janney und zum zweiten Vizepräsidenten Staatsrath Dr. Gungert gewählt.

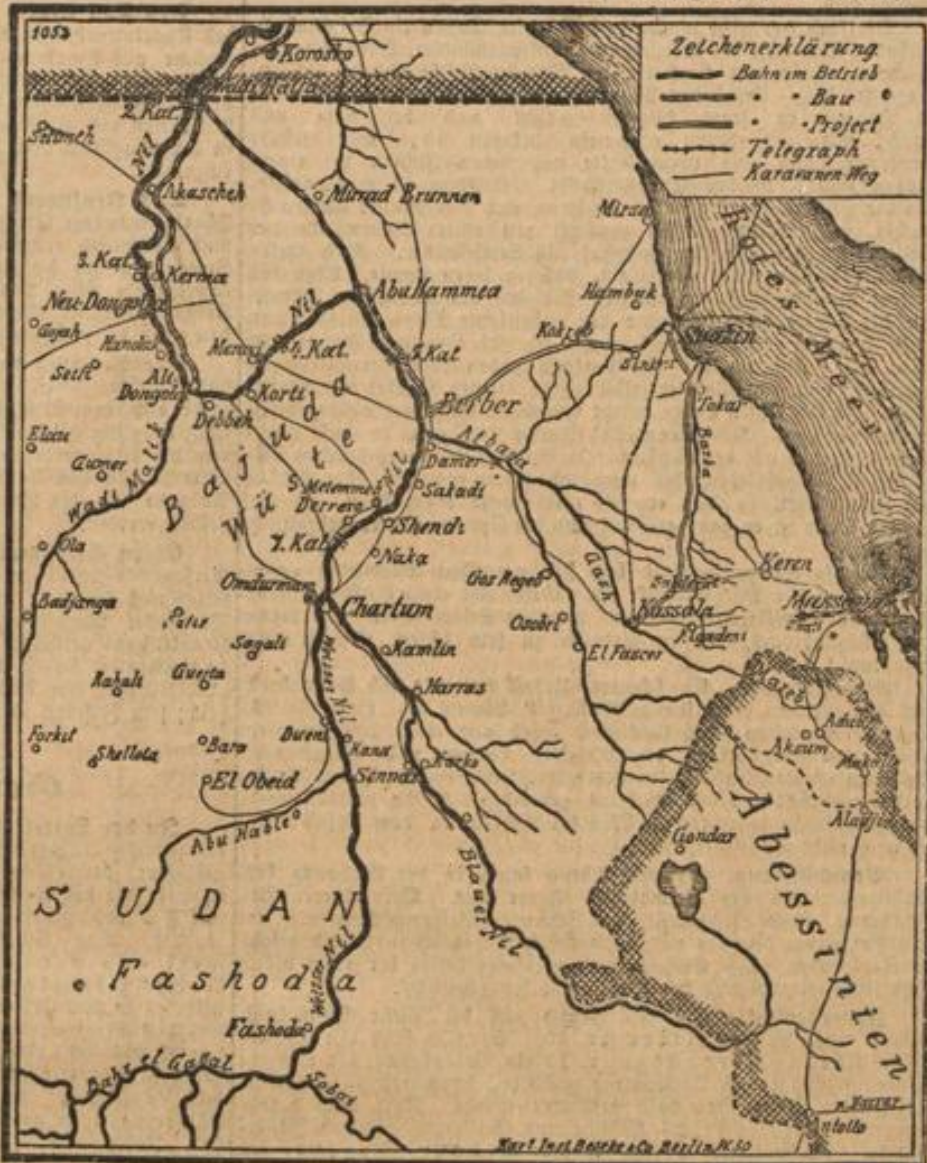
Linz, 10. Januar. (W. T. B.) In der heutigen ersten Sitzung des Landtages für Oberösterreich wurde der klerikale Abg. Dr. Ebenhoch bei seinem Erscheinen von den wohlbesetzten Gallerien mit stürmischen Pfiffrufen begrüßt. Nachdem Ruhe eingetreten war, brachten die liberalen Abgeordneten den Antrag ein, die Regierung aufzufordern, die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren aufzuheben.

Paris, 10. Januar. (W. T. B.) Prozeß Esterhazy. (Fort.) Major Esterhazy erzählt auf Befragen, ein anonymes Brief, der die Unterschrift „Esperanza“ trug, habe ihn davon in Kenntniß gesetzt, daß ein Komplot gegen ihn angezettelt sei. Er habe denselben in der Nähe der Alexanderbrücke von einer verschleierten Dame erhalten, deren Namen er nicht kenne. Er habe den Kriegsminister Billot und den Präsidenten der Republik hiervon benachrichtigt. Esterhazy fügt hinzu, er habe im Februar 1893 einen langen eigenhändig geschriebenen Bericht abgesandt, von dem er glaubte, daß er ihm von einem Offizier abverlangt sei. Später habe die Polizei entdeckt, daß das Verlangen von Sabamard, dem Schwiegervater Dreyfus', herzuführen scheint.

Nach dem weiteren Verhör des Angeklagten wird zur Vernehmung der Zeugen geschritten. Der erste Zeuge ist Mathieu Treussat. Er sagt aus, ohne Sachmann zu sein, genüge es, die beiden Handschriften, die Esterhazy's und die auf dem Vorderaus zu vergleichen, um zu erkennen, daß sie von derselben Hand herrühren. Zeuge giebt sodann eine graphologische Auseinandersetzung und sagt, die Thatfache, daß Esterhazy gefucht habe, seine Handschrift zu verändern, sei ihm sehr wesentlich. Der Zeuge erhebt hierauf gegen Esterhazy den Vorwurf, er habe einen Brief geschrieben, in dem er sagte, er könne nur durch ein Verbrechen aus seiner Lage herauskommen, und fügt hinzu: „Esterhazy, welcher die Ehre hatte, die französische Uniform zu tragen.“ Festige Ausrufe. Dreyfus muß in seinen Ausführungen abbrechen. Der Verteidiger Legenas erklärt, ganz Frankreich werde mit Schlußschriften überhäuft, welche auf Esterhazy hingen. Er (Legenas) möchte wohl wissen, wer die hierfür erforderlichen ungeheuren Summen zahle. Dreyfus erwidert, daß sei seine Angelegenheit, nicht diejenige Legenas'. (Mehrere Anwesende rufen „Kleber“.) Große Erregung. Es folgt das Verhör Scheurer's. Nach der Vernehmung einiger weiterer Zeugen wurde für die folgenden Verhandlungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen und nach Wiederherstellung derselben die Verhandlung um 7 Uhr 10 Minuten auf morgen Vormittag 9 Uhr verlag.

Zur Lage im Sudan.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)



Während die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Ostafrika gerichtet war, haben England und Frankreich in Afrika unverdrossen darauf hingearbeitet, dem Reich des Mahdi, dessen Erde beide Staaten nur zu gern für sich erlangen möchten, den Todesstoß zu versetzen. Während England dies ganz systematisch durch den ägyptisch-sudanesischen Feldzug, der das englisch-egyptische Expeditionskorps von Wady-Halfa, wo dasselbe noch vor 18 Monaten stand, nisanwärts über Dongola und Abu Hammed bis nach Berber geführt hat, in verhältnismäßiger Ruhe und Bequemlichkeit auszuführen suchte, hat Frankreich im ganzen 4 Expeditionen, 3 vom oberen Ubangi aus und 1 von Oboi aus durch Abessinien nach dem oberen Nil entsendet, um ihren Nebenbuhlern in Afrika, eben den Engländern, den Rang abzulaufen. Die Gerüchte von dem Vordringen der Franzosen nach Fashoda haben aber auch ein schnelleres energisches Handeln der Engländer zur Folge gehabt, welche endlich im Dezember vorigen Jahres die Festung Kaffala durch eine von Massana dorthin entsandte Truppenabtheilung von rund 800 Köpfen, von den Italienern, die bekanntlich bis dahin diesen Platz besetzt hielten, übernommen haben. Wie verlautet, haben 4 Bataillone englischer Truppen Befehl erhalten, unverzüglich nach dem oberen Nil aufzubrechen, und 2 auf dem Rückweg von Jandien nach England befindliche Regimenter sollen gleichfalls von Alexandria nach dem Kriegstheater im Sudan beordert werden. Die vorerwähnten 4 Bataillone sind ein Infanterie-Bataillon aus Gibraltar, das erste Bataillon der Seaford-Regimenter in Malta, und je ein Bataillon des Warwickshire- und des Lincolnshire-Regiments in Kent. Da nun auch ein Theil der alten Besatzungstruppen von Kaffala (im ganzen 600 Mann) in englische Dienste übergetreten ist, so verfügt das englisch-egyptische Expeditionskorps zur Zeit über sehr ansehnliche Streitkräfte. Dieselbe setzen sich, von dem rein englischen Truppen ganz abgesehen, deren weitere Verstärkung, falls erforderlich, erfolgen wird, wie nachstehend angegeben, zusammen:

Table with 2 columns: Unit type and count. Rows include 13 arabische Bataillone à 800 Mann = 10 400 Mann, 6 sudan. eingeb. Bat. à 1200 Mann = 7 200, 10 Eskadrons Kavallerie à 120 Reiter = 1 200, 3 Komp. Kamelreiter à 80 Mann = 240, 7 Batterien à 6 Geschütze u. 180 M. = 1 050 u. 42 Geschütze. Total: Zusammen 20 090 Mann u. 42 Geschütze.

Hierzu kommen noch das gesamte Sanitätspersonal, die Pioniere, Mechaniker, die Hilfsstruppen bespannter Regimentskammern, desertirte Dervische und zahlreiche Galeerensträflinge, welche besonders beim Eisenbahnbau Verwendung finden. Als besonderer Bestandteil des Expeditionskorps ist die Nilflotte anzusehen, die aus 10 sehr stark gebenden, aber trotzdem mit Panzerhülle versehenen Flusskanonenbooten, 26 Dampfschiffen für den Transport und Remorqueurdienst, und 800 Segelfahrzeugen besteht. Im ganzen zählen hiernach, immer von den rein englischen Truppen abgesehen die englisch-egyptischen Streitkräfte im Sudan 26 000 Mann mit 42 Geschützen und etwa 7000 Kameelen, Maulthieren und Pferden. Diese Truppen sind nun zum Theil als Besatzung der wichtigsten Orte am Nil, besonders in Dongola, El Debbeh, Korti, Merawi und Abu Hammed, sowie weiter flussabwärts in den Garnisonorten Neu

Dongola, Wady Halfa, Korosko und Assuan und neuerdings in Kaffala und in den beiden erst vor wenigen Tagen den Dervischen entzogenen Orten El Fasher und Oboi am Abbarfluss stationirt. Das Gros aber befindet sich in Berber und den unliegenden Orten, wie beispielsweise in dem an dem Zusammenfluß des Albara und des Nil gelegenen jetzt gut besetzten Orte El Damer, und bedroht direkt von Norden her das Heer des Mahdi, welches sich, 15 000 Mann stark, in Metemneh und Shendi zu einem Vorstoß gegen Berber verammelt haben soll, während weitere Streitkräfte des Kalifen in dem Gebiete zwischen Chartum und dem Albara, sowie weiter nisanwärts bei Fashoda stehen sollen. Genauere Angaben hierüber fehlen. Aus dieser Darlegung, welche durch unsere beistehende Karte in übersichtlicher Weise illustriert wird, geht zur genüge hervor, wie sich das Heer der englisch-egyptischen und französischen Truppen immer enger um den Sitz des Mahdi Omdurman am linken Nilufer, Chartum gegenüber gelegen, sammelt. In der Karte sind ferner auch alle fertig gestellten, sowie im Bau befindlichen und auch die erst projektierten Eisenbahnlinien und Hauptkarawanenwege eingetragen. Das ganze Bild zeigt deutlich, daß die Erschließung des Sudans jetzt wirklich mächtig vor sich geht, und wiederum in Kürze ein bedeutendes Stück des schwarzen Kontinents eröffnet werden wird.

Friedrich Wilhelm IV. und die chinesische Mission.

Die Ermordung einiger deutscher Missionare bot bekanntlich den Anstoß zur Befragung der Kiautschou-Wacht durch die Deutschen und zur Entsendung des Prinzen Heinrich nach China. Bei dieser Sachlage ist es nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß auch Friedrich Wilhelm IV. sich in seinen späteren Regierungsjahren eingehend mit der chinesischen Mission beschäftigt hat. In einem Briefe an seinen Vertrauten Busen, datirt Sanssouci, den 29. August 1850, äußert er sich zu diesem Thema unter anderem folgendermaßen: „Glück dem Glück (ein in englischen Diensten stehender Missionar deutscher Geburt. Red.) sein Verben von geistlichen Missionaren für China, kann er, was Gott allein weiß, mit bedeutenden Kräften an die Verkündigung des Evangeliums dort im Lande geben, so ist für mich — für andere leider!!! gar nicht — die Hauptfrage: „Was soll sich (betennt sich der Herr zur Sache) aus dem Unternehmen für China in christlicher Hinsicht dann gestalten. Will man das Schicksal Hunderttausender und vielleicht bald von Millionen Befehlter dem sogenannten Zufall überlassen? oder es der römischen oder der englischen Kirche überlassen, die Befehlten durch neue Missionen oder vielmehr durch Missions-Jagdpartien für sich einzulangen? Oder will man das gleichsam von hundert Sekten begonnene Werk, durch den Mangel gleichem einigenden Bundes in 10 000 Sekten zerstückeln lassen? Diese Frage ist eine verzwweifelt ernste und dürfte zur gründlichen Uebersicht der Protestanten ausfallen. Ich weiß wohl, daß ich bei dem agnostischen Zustande der Kopf- und schwanzlosen deutsch-evangelischen Kirche gar nichts thun kann, als raten, bitten, heben, warnen... Dann, was das Stabilität der evangelischen Kirche betrifft, ist meiner heiligsten Ueberzeugung nach das geistlich-taktische Vorgehen, Eindringen ins Land durch Anschauung (Agglomeration) unzähliger kleiner Kirchen in apostolischem Sinne des Wortes. Es versteht sich von selbst, daß jede dieser „anzusehenden“ Kirchen ihren Bischof haben muß, aber wiederum natürlich in apostolischem Sinne, nicht mit 8000 Zählern Revenuen, nicht im Lande spreizende, sondern einer Kirche vorkleiden. — Ich sähe, theuerster Freund, daß man mir sagen kann: „was Schwestern geht dich das an?“ — Antwort — Ich bin ein Christ und nota bene ein evangelischer nicht dem Namen nach, sondern mit Leib und Seele. Die Ehre wie die Uebersicht des evangelischen Bekenntnisses ist nun einmal für mich meine Uebersicht, meine Ehre! Ich sehe aber, gewißigt durch 100 Exempel, neue kolossale Blamage, wenn das eine, was der evangelischen Kirche noth thut, auch dort, bei dem in jeder Hinsicht großen und heiligen Unternehmen wieder!!!! aus den Augen gesetzt wird und Dinge geschehen wie die, welche dem Emir Beschir zwischen amerikanischen Baptisten und englischen Priestern in einem Tage dazu brachten — römisch-katholisch zu werden!!!!...“

Wie aber wird das erst geschehen, wenn das Missionswerk von allen Kirchen evangelischen Bekenntnisses auf einmal, und auf hergebrachte Art ohne Plan geschieht, und mit der bekannten Liebesheldigkeit von Lutherischen gegen Reformirte, von Presbyterianern gegen Episkopale, von Deutschen gegen Engländer und Franzosen!!!! Da!! mir graut, bei Gott, und das ist dann wahrlich, „um katholisch zu werden“. China aber wird dann gewiß katholisch. — Sprechen Sie mir nicht (norddeutsch-sentimental) von „der Wahrheit, die sich doch Bahn bricht!“ Gottes Ordnung ist wohl, daß die Wahrheit im Weltgeräude liegt, aber nicht — im Narrenkleide.“ An dem vom König so schön geschilderten Zustand hat sich heute noch nicht geändert. Immer noch werden von den verschiedensten Nationalitäten, Kirchen und Missionsgesellschaften „Missions-Jagdpartien“ auf Chinesen veranstaltet, jedoch sich die Chinesen selbst lustig machen über die verschiedenartigen Formen, in denen ihnen der christliche Gott angeboten wird. Und immer noch sind die Jagdpartien so gut wie ohne jede Beute. Das himmlische Reich der Mitte wird auf 357 Millionen Einwohner geschätzt; davon sind oder wurden wenigstens als solche gezählt römisch-katholisch eine Million und evangelisch 1/10 Million. Die restierenden 356 Millionen Chinesen sind nach wie vor Buddhisten, Taoisten, Anhänger des Confucius, Mohammedaner oder religionslos. — Auch die Befürchtung des preussischen Königs, daß die römisch-katholische Mission die Oberhand behalten werde, hat sich bestätigt, wie die obigen Zahlen lehren. Waren doch auch die „deutschen Brüder irdischen Berufs“, wie sich Wilhelm II. ausdrückte, „die hinausgezogen sind zu stillen Birken und die nicht gescheut haben, ihr Leben einzulegen, um unsere Religion auf fremdem Boden, bei fremdem Volke heimisch zu machen“ — römisch-katholische Missionare. In unseren Tagen aber sind auch katholische Missionare den Evangelischen lieb und werth, besonders, wenn sie menschenwürdigem Tode verfallen. Dann sind sie gut zu gebrauchen, um als Entgelt neues Land zu erwerben und schwinghafte Handelsbeziehungen anzuknüpfen.

Tokales.
Protektversammlung der Frauen und Mädchen Berlins. Die Besucher und Besucherinnen der heute bei Lips am Königschor tagenden Versammlung werden dringend gebeten, rechtzeitig vor der Eröffnung zu erscheinen. Bekanntlich hat die Polizei bei der am Sonntag im Konzerthause abgehaltenen Versammlung noch vor deren Beginn das Lokal gesperrt. Es gilt, die unangenehmen Folgen einer solchen Maßregel nach Kräften illusorisch zu machen. Die Vertrauensperson.
Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Die Mitglieder des Gewandbrunnens sowie der Hofenthaler und Oranienburger Vorstadt werden ganz besonders auf die heute Dienstag in den betreffenden Stadttheilen stattfindenden Wahlvereins-Versammlungen aufmerksam gemacht. In

der ersten referirt Genosse Bernstein, in der zweiten Genosse Ledebour. Siehe auch Inserat.

Die Parteigenossen des zweiten Reichstags-Wahlkreises werden hiermit auf die Versammlung hingewiesen, die der Wahlverein heute Abend in Habel's Brauerei, Bergmannstr. 57, abhält. Genosse Dr. Friedberg hält in derselben einen Vortrag über „Die sogenannte soziale Gesetzgebung“. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Unter reger Theilnahme der Parteigenossen des sechsten Reichstags-Wahlkreises wurde am Sonntag der alte Vater Stiller zu Grabe getragen. Als langjähriger treuer Anhänger unserer Partei bewährte er sich sowohl in politischer wie gewerkschaftlicher Beziehung. So war er lebhaft für die Organisation der Arbeiter thätig; auch haben ihn die Berliner Arbeiter in die Stellung eines Arbeitnehmer-Besizers für das Berliner Gewerbegericht berufen. Bei dem Verstorbenen kannte, schätzte ihn als aufrichtigen, charakterfesten Genossen.

Der Magistrat von Neu-Byzanz. Der wohlthätige Magistrat hielt hier Hauptstadt und unser Oberbürgermeister lieben bekanntlich zuweilen eine sehr „gewählte“ Sprache. In der Neujahrsadresse an den Kaiser heißt es wörtlich: „Weit tragender elektrischer Wellen seine Wirkungen lernte das Zeitalter erkennen, und ferner Völker politische Bewegungen rufen den durchlauchtigsten Häupter des Reiches zu weischaender Sorge.“ Man begreift, daß Leute, die vor lauter Devotion die deutsche Sprache mißhandeln, schwer geneigt sind, den Männern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, denen das deutsche Volk seinen erhabensten Ruhmestag, den 18. März 1848, verdankt!

Über 65 Millionen Fahrkarten sind im Jahre 1895 auf den Stationen der Berliner Stadt- und Ringbahn verkauft worden: in Stadt, Stadtring, Vorort- und Fernverkehr. Davon entfielen 45 Millionen auf die elf Stationen der Stadtbahn vom Schlesischen Bahnhof bis Westend. Den größten Verkehr hatte Bahnhof Friedrichstraße. Hier wurden 6,84 Millionen Fahrkarten ausgegeben. Dann folgt der Schlesische Bahnhof mit 6,15 Millionen Fahrkarten, Alexanderplatz mit 5,49 Millionen und Zoologischer Garten mit 5 Millionen, Bellevue mit 4,7, Börse 3,7, Charlottenburg 3,6, Jannowitzbrücke 3,06. Lehrter Bahnhof 2,7, Tiergarten 2,06 und Westend mit 1,6 Millionen verkauften Fahrkarten. Unter den Stationen der Ringbahn (mit zusammen 20 Millionen verkauften Fahrkarten) hatte Stralau-Nummelsburg mit 2,15 Millionen Fahrkarten den stärksten und Station Jungfernhöhe mit 1,53 948 Fahrkarten den geringsten Verkehr. Auf Stralau-Nummelsburg folgt Wedding mit 1,97 Millionen Fahrkarten, Pichler mit 1,79 Millionen, Potsdamer Ringbahnhof 1,65 Millionen, Schöneberg 1,47, Warschauer Straße 1,38, Galessee 1,2, Gesundbrunnen 1,19 und Friedrichsberg mit rund 1 Million Fahrkarten.

Eine neue Rauchschutvorrichtung ist bei der Berliner Feuerwehr zur Einführung gelangt. Bisher war der Wehrmann beim Eindringen in leicht verqualmte Gebäude auf sein Taschentuch angewiesen, das er vor Nase und Mund hielt, um die Schädlichkeit des Rauches beim Einathmen möglichst abzumildern. Zummerhin aber bildete dieses primitive Hilfsmittel nur einen geringen Schutz. Der neue, von seinem Erfinder, einem Schlesier, zur Patentierung angemeldete Schutapparat besteht aus einem unten und oben offenen Zylinder aus feinstem, braunem Tuch, mit nicht ganz dichtem Gewebe, das noch besonders für seinen Zweck präparirt ist. Der etwa 30 Zentimeter hohe Zylinder wird bei seiner Verwendung in den Dienst rufend wie eine Nachtmütze auf den Kopf gestülpt, worauf das obere Ende derart umgeschlagen und herabgezogen wird, daß das Ganze schließlich der bekannten Schornsteinsegelkappe nicht unähnlich sieht. Mit Ausnahme der freibehenden Augen ist der Kopf dann vollständig eingehüllt. Bei leichter Rauchentwicklung soll sich der Apparat angeblich vorzüglich bewährt haben, weshalb den Berliner Völkchen vorläufig insgesammt 30 Stück zur Probe überwiesen sind.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat dem Stadte. Dr. Otto Vermeas aus Veranlassung seiner 25jährigen Freier als ihr Mitglieds durch eine Deputation, bestehend aus dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans, dem Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter Mischelet, den Stadtverordneten Seibert, Wilhelm Gerike und Hellriegel eine kunstvoll ausgestattete Adresse überreichen lassen.

Ueber eine Erfindung zur Erzeugung eines hellweiss leuchtenden Gases aus Gas, Markt- und Straßenleucht und Abfallstoffen aller Art hat die Firma G. O t t e r m a n n u. Co. in Wien neuerdings wiederholt mit der Stadtverordneten-Versammlung korrespondirt. In dem letzten vom 30. v. M. datirten Schreiben wird mitgetheilt, daß die angestellten Versuche die besondere Einigung dieses neuen Gases zur Stadtbeleuchtung bereits unzweifelhaft ergeben haben. Die Firma hat die Stadtverordneten-Versammlung ersucht, mit der beabsichtigten anderweitigen Verwerthung des Gases zu warten, da eine günstiger Lösung der Rechtsfrage, als die der Vergabung der gleichzeitiger entgeltlicher Vernehmung kaum möglich sein dürfte. Das Schreiben ist der Straßeneinigungs-Deputation zur Prüfung überwiesen worden.

Ein Demunziant. Dem Vorkommenden des Vereins zur Wahrung der Interessen der Zirkelher ist vor kurzem ein polizeiliches Strafmandat zugestellt worden, weil er bei einem im Lokal Sanssouci veranstalteten Vergnügen auch einem Nichtmitgliede, das sich heranzudrängen wußte, gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes Zutritt gewährt hatte. Als Demunziant wird in der Strafverfügung der Rechtsanwalt Rudolf Kausch aus der Urbanstr. 128 bezeichnet. Vielleicht wird die Veröffentlichung dieses Falles entsprechende Beachtung finden.

Den Gesellen der Hausagrarier nach Erweiterung ihrer Ermittlungsrechte tritt selbst die Regierung verschämt entgegen. Auf die Petitionen, welche der Vorstand des Bundes der Berliner Grundbesitzer-Vereine“ behufs Wiedererrichtung der sogenannten „schleunigen Abtheilungen“ zur schnelleren Erledigung von Ermittlungsfragen an die Präsidenten des Landgerichts und Amtsgerichts I am 24. Dezember abgefordert hatte, ist nunmehr folgender Bescheid eingegangen: „In Räumungssachen werden die Verhandlungstermine beim Amtsgericht I mit thunlichst kurzen Fristen bestimmt. Sie schon innerhalb der nächsten 4 bis 6 Tage nach Einreichung der Klage anzulegen, wird zumeist nicht angängig sein, da die dringliche Einlassungsfrist gewahrt werden muß, falls ihre Abfertigung seitens der Partei nicht beantragt ist. Den auf Abklärung dieser Frist und Anberaumung eines näheren Termins gerichteten Anträgen wird regelmäßig stattgegeben, sofern sie ausreichend begründet erscheinen. Hiernach ist es nicht thunlich, eine allgemeine Anweisung an die Richter zu erlassen, daß in Räumungssachen die Termine mit den von Ihnen bezeichneten Fristen anzusetzen seien.“

Die Brandstätte in Alt-Moabit bildete am Sonntag den Aufstiegsplatz für viele Zehntausende. Die sämmtlichen Stadtbahnzüge brachten ungeheure Menschenmengen nach der Station Bellevue, und so groß war der Verkehr auf diesem Bahnhof, daß die Hilfsbeamten der Station hinzugezogen werden mußten, um den Verkehr auf dem Bahnsteig zu regeln. Ein großes Aufgebot von Schutzleuten, wie es schon seit Tagen an die Brandstelle gesendet ist, war erforderlich, um die Mengen in Bewegung zu halten und die Gefahr einer Katastrophe durch Eindringen der Ufergänger zu verhüten. Das Feuer selbst wüthete nach mit unverminderter Gewalt und es dürften wohl noch ziemlich acht Tage vergehen, ehe das gesammte Brennmaterial vernichtet und dem Feuer hierdurch ein natürliches Ende gesetzt ist. Die Thätigkeit der Feuerwehr ist gänzlich eingestellt, nur bleibt ständig ein Zug zur Ueberwachung des verheerenden Elementes an der Brandstätte.

Der Inhaber des Wollhauses Rudolph Herzog, Herr Rudolph Herzog, ist gestern Morgen 5 Uhr nach 14tägiger Krankheit in seiner Wohnung in der Straße 16 gestorben. Bürgerliche Wälder widmen dem Tode zum Teil Nekrologe, in denen seine geschäftliche Tätigkeit u. a. aus dem Umstande gefolgert wird, daß der Umfang des kolossalen Geschäftsbetriebes sich „unter Leitung“ des Verstorbenen verdoppelt habe. Wenn je der Beweis dafür erbracht worden ist, daß in den modernen Kiefern-geschäften Tätigkeit und Untätigkeit des Chefs eine recht nebensächliche Rolle spielen, so ist dies im Falle Rudolph Herzog geschehen. Die Tätigkeit des Verstorbenen bestand zum wesentlichen darin, daß er der Sohn seines vor wenigen Jahren verstorbenen Vaters war, und daß er verhandelt, Tag für Tag schon des Morgens in der Frühe 100 bis 150 M. zu verfrachten. Rudolph Herzog hat ein Alter von 46 Jahren erreicht. Er hinterläßt als Erbe einen 17 Jahre alten Sohn aus erster Ehe. In zweiter Ehe war er mit einer Gräfin Wandlstein verheiratet.

Die Meldung, daß die ersten elektrischen Straßenbahn-Linien Mitte Januar eröffnet werden, bestätigt sich leider nicht. Trotz der seitens der Direktion der Großen Berliner Pferdebahngesellschaft gegebenen Versicherung, daß der elektrische Betrieb auf den Linien Demminstraße-Krenberg und Alexanderplatz-Schöneberg bereits innerhalb weniger Tage nach der vom Kaiser erteilten Bestätigung zur Durchführung kommen soll, sind die Vorbereitungen auf den erwähnten beiden Strecken noch derartig weit zurück, daß von einer Aufnahme des elektrischen Betriebes vor Beginn des Sommerfahrplans wohl kaum die Rede sein dürfte.

Die Berliner Polizei. Zur Illustration der polizeilichen Praxis bei Eklirungen bringt das „Berliner Tageblatt“ einen Beitrag, der einen jungen Dänen betrifft, der sich seit wenigen Tagen in Berlin befindet und eine Anstellung als Elektrotechniker bei einer hiesigen Weltfirma erhalten hat. Der Thatsache ist folgender: Der junge Däne betrat mit zwei Landsleuten und Kollegen am Abend einen Zigarrenladen in der Novakstraße, um Zigarren zu kaufen. Er gab ein Zwanzigmärkstück in Zahlung, das der Verkäufer in der üblichen Weise durch Aufwerfen auf den Ladentisch prüfte. Das Goldstück gab dabei einen hohlen Klang, sodaß es der Verkäufer zurückwies und dem Käufer gegenüber den Verdacht äußerte, das Goldstück sei falsch. Der Ausländer bezahlte darauf mit anderem Gelde, fürchtete aber Weisheitsleuten, falls das Goldstück wirklich unecht wäre, und ersuchte einen seiner Begleiter, zu einem Schuhmann, der in unmittelbarer Nähe stand, zu gehen und ihm den Fall vorzutragen. Der Schuhmann trat in den Laden, stellte fest, wem das beabsichtigte Goldstück gehöre und veranlaßte den Elektrotechniker, der sich als Eigentümer bekannte, mit ihm zur Wache zu gehen. In Begleitung der beiden anderen jungen Dänen wurde der Elektrotechniker in das Nachlokale Novakstraße geführt. Der Beamte dort wies, nachdem er den Thatsache erfahren hatte, die beiden Begleiter aus der Wache, während er den Eigentümer des Zwanzigmärkstücks zurückbehielt und ihn — nach der Darstellung des Verhafteten — mit den Worten apostrophierte: „Sie werden wir schon kriegen, bleibt doch mit Eurem falschen Gelde hübsch zu Hause.“ Der Däne hat im Laufe der Nacht vergeblich um Austausch darüber, warum und wie lange er denn verhaftet bleiben sollte. Einer seiner beiden Kollegen war inzwischen zur Wache zurückgekehrt, um den Schlüssel zu ihrer gemeinsamen Wohnung von dem Verhafteten zu holen, den er auch erhielt. Am 7 Uhr morgens kam ein Schuhmann in die Wohnung und stellte fest, daß die Angaben des Verhafteten richtig seien; um 8 1/2 Uhr wurde letzterer dem inzwischen eingetroffenen Revier-Offizier vorgeführt, der ihn sofort entließ, die Münze aber zurück behielt und den Freigelassenen für den Nachmittag wieder befestigte. Der Däne war nun zwar frei, er beschränkte aber nach den gemachten Erfahrungen von seinem Besuch am Nachmittag neue Komplikationen und ging daher den Konsul seines Vaterlandes in Berlin, Geheimen Kommerzienrat v. Mendelssohn, um Beistand an. Der Konsul geleitete nun seinen Schützling nach der genannten Polizeiwache. In der förmlichen Münze war inzwischen festgestellt worden, daß das Goldstück echt sei und nur durch einen äußerlich nicht sichtbaren Sprung seinen Klang verloren habe, und die Angelegenheit war somit erledigt.

In dem Verschwinden des Kaufmanns Behrendsen, über welches wir bereits eingehender berichtet, wird mitgeteilt, daß die Verdachtsgründe, die Anlaß zu der Vermutung eines an D. beangenehmten Verbrechens gegeben, sich noch wesentlich vergrößert haben. Der Umstand, daß der Begleiter des Vermissten nach wiederholten Aufforderungen sich bisher nicht gemeldet hat, erscheint ebenso auffällig wie die Thatsache, daß der Fremde seine früheren wiederholten Besuche in der Stralauer Chaussee jetzt gänzlich eingestellt hat. Die Vernehmung derjenigen Personen, welche am Sonntag, 2. Januar, nachmittags mit D. gesprochen, hat ergeben, daß in dem Betragen des Kaufmanns durchaus nichts Auffälliges zu beobachten war und derselbe sich zweifellos weder mit Selbstmordabsichten noch mit Fluchtgedanken, zu denen, wie erwähnt, auch keine Veranlassung vorlag, getragen hat. Die Thatsache, daß die Leiche des Kaufmanns bisher noch nicht gefunden, wird behördlicherseits darauf zurückgeführt, daß der Körper des Vermissten im Wasser Liegenden entweder beschwert oder unter die dünne Eisschicht an den Spree-Ufern getrieben und infolge dessen nicht an die Oberfläche treten kann.

Die Rettungsapparate an den Berliner Brücken sind „dem Schutze der Bürger“ bzw. „des Publikums“ empfohlen. Dieser Schutz bewahrt sich auch, von seltenen Ausnahmen abgesehen, ganz gut, nur mit dem Schutze und der Fürsorge, welchen der Magistrat diesen Apparaten angedeihen läßt, scheint es sehr wichtig zu sein. Während sich am Freitag früh ein Knabe an der Oberbaumbrücke vor den Augen von Zuschauern ertränken konnte, weil der an der Brücke befindliche Rettungsstuhl mehr als halbvoll Wasser stand und demgemäß zu schleuniger Rettung unbrauchbar war, ging am Sonnabend an der Michaelisbrücke ein Menschenleben zu Grunde, weil überhaupt kein Rettungsstuhl vorhanden war. Es war gegen 10 Uhr vormittags, als ein ärmlich gekleideter Mensch auf der Brücke plötzlich seinen Neugierhunger anzog, sich zu Boden warf und mit dem Rufe: „Ich gehe ins Wasser!“ dicht bei dem Stadtbahn-Abdank und zwar stromaufwärts über das Geländer ins Wasser sprang. Die in der Brücke befindlichen Passanten suchten sofort nach dem Rettungsstuhl, der an jeder Brücke liegen soll, fanden jedoch keinen. Man mußte sich daher darauf beschränken, dem Lebensmüden, der inzwischen unter der Brücke hinüber getrieben war, den Rettungsstuhl zuzuworfen, den jener aber nicht mehr erreichen konnte oder wollte. Mehrere Zeugen des Vorfalles liefen nun nach den Grundrissen der Holzmarktstraße, vor denen Sprezzellen lagen, um die Schiffer zu alarmieren. Diese zeigten sich nun zwar willig, in dessen war der Selbstmörder — obwohl nur 6-8 Minuten vergangen waren — bereits untergesunken und die Bemühungen der Schiffer waren vergeblich, die Leiche kam nicht wieder zum Vorschein. In dem auf der Brücke zurückgelassenen Ueberlebenden, der nach dem Polizeirevier in der Holzmarktstraße gebracht wurde, fanden sich keinerlei Anzeichen über die Persönlichkeit des Vertrunkenen, der wohl zu retten gewesen wäre, hätte sich ein brauchbarer Rettungsstuhl an der Brücke befunden.

Ein Sonderling. Der „Kapitän“ Ridding aus Oranien ist am Sonntag in seiner Hinterhauswohnung Stephanstr. 19 als Leiche aufgefunden worden. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der vermüdete Mann, der recht lässig lebte, Selbstmord begangen hat. Sein Geld hat der Verstorbenen sich in Amerika erworben. Er fiel der Nachbarschaft durch seine wunderlichen Gewohnheiten auf; man sah ihn nie anders als im Zylinder, den er selbst beim Reinigen seiner Wohnung nicht vom Kopfe nahm.

Ein heftiger Zusammenstoß zweier Pferdebahnwagen ereignete sich gestern infolge falscher Weisung in der Alexanderstraße. Der Kandidat der Medizin Frh. Sch., welcher auf dem Vorderperson des einen Wagens stand, erlitt durch den Zusammenstoß eine schwere Handverletzung. Man brachte ihn nach der nächsten Unfall-

station, wo festgestellt wurde, daß eine Unmenge Glassplitter, herabfallend von den zerplatzten Fensterscheiben, in der Hand saßen.

Als Heirathsschwinderin ist die 55jährige Luise Rothmann hier verhaftet worden. Die Dame hat unter dem Namen Freifrau von Wiedern vornehme Timpel an sich zu locken gewußt, und ihnen dann unter dem Versprechen, daß sie reiche Heirathspartien vermitteln könne, Geld abgelockt. Bei den Anschauungen, die in sogenannten besseren Kreisen über das Heiligste, was der Deutsche kennt, gang und gäbe sind, sollen ihr diese Manöver ziemlich leicht geworden sein.

Wicliach vermisst wurde in den letzten Tagen ein Original am Anhalter Bahnhof, der Stiefelpuher, Lotteriehändler, Bürstenmacher, Weitenvermittler und Handelsmann Wilhelm Nische aus der Schönebergerstr. 16a. Ueber den Mann wird berichtet: Nische, der seit 26 Jahren in jener Gegend wohnt und bei Arm und Reich, Alt und Jung allgemein bekannt ist, war früher Feuerwehrmann und verunglückte vor sieben Jahren bei einem großen Brand in der Chausseestraße. Seitdem ist er Invalide. Da die Pension für ihn und seine Frau und vier Kinder nicht ausreichte, so etablierte er sich zunächst mit einem Kasten an der Seltersbude am Anhalter Bahnhof als Stiefelpuher. Auch dieses Geschäft brachte nicht soviel ein, daß er leben konnte. Aber aus diesem Hauptgeschäft entwickelten sich die verschiedensten Zweige. In der freien Zeit fabrizierte der arbeitssame Mann Bürsten und diese setzte er im Selbstverkauf ab, wo sich ihm eine Gelegenheit dazu bot. Inhaber der Wettbureau's gaben ihm Vermittlungsaufträge, und dem fügte er selbst einen kleinen Handel mit Posten hinzu. In den letzten Tagen wurde vergeblich nach dem vielbegehrten Manne gefragt. Am Donnerstag Nachmittag war er auf einem Geschäftsgange auf der Schöneberger Brücke zusammengebrochen und hilflos liegen geblieben, bis man sich seiner annahm. Der Schlag hat ihn gerührt, so daß er sich nicht mehr regen kann. An der rechten Seite ist er ganz gelähmt und die Sprache hat er vollständig verloren.

In die Spree geführt hat sich vorgestern Vormittag gegen 10 Uhr von der Michaelisbrücke ein unbekannter etwa 30 Jahre alter Mann mit dunkler Kleidung und blondem Schnurrbart. Die Leiche des Selbstmörders, der ein Arbeiter zu sein schien, ist noch nicht gefunden.

Arbeitererfiske. Ein schwerer Unfall ereignete sich Sonnabend auf dem Neubau der Aktiengesellschaft L. Wöwe u. Co., Gutsstr. 16. Dort verunglückten durch Umkippen eines mit etwa 200 Zentnern beschwerten Senkkastens die Arbeiter Lampe und Bergemann. Erstere wurden beide Beine gebrochen. Letzterer wurde der Brustkorb eingedrückt und das Rückgrat gebrochen. Beide wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Wenn die Schuld an dem Unfall trifft, ist noch nicht ausgemacht.

Brandstiftung. Sonntag Abend brach in der Wohnung des Arbeiters L. in der Stromstraße Feuer aus. Bei näherer Besichtigung wurde festgestellt, daß Betten, Kleidungsstücke u. s. w. mit Petroleum befüllt und verunreinigt vorzüglich in Brand gesetzt worden waren. Das Ehepaar wurde infolge dessen bei seiner Rückkehr festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt.

Feuerbericht. Ein Kellerbrand rief die Wehr Sonnabend Abend nach Michaelisstr. 30. Sonntag früh 1 1/2 Uhr erfolgte Kleine Alexanderstr. 17 ein Bodenbrand, der mehrere Bodenverschläge und Dachsparren zerstörte, durch rechtzeitiges Eingreifen der Wehr aber bald gedämpft wurde. Kurz nach 8 Uhr brannte Lessingstr. 23 Wäsche und Gerümpel auf dem Hängeboden. Nachmittags 4 Uhr mußte Gräner Weg 64 ein Bodenbrand beseitigt werden, bei dem Verschläge und der Fußboden in Flammen ausliefen. Eine Stunde später erfolgte Oberbergerstr. 23 ein Zimmerbrand, der durch einen brennenden Weihnachtsbaum verursacht wurde und verschiedene Möbel beschädigte. Am 9 Uhr erfolgte Rathenowerstr. 96 ein Küchenbrand. Bald nach 10 Uhr mußte die Wehr nach Stromstr. 47 und nach Elsfasserstr. 25a ausrücken. In beiden Fällen brannten Gardinen, Kleider und Möbel. Aus gleicher Veranlassung wurde die Wehr kurz vorher nach Jaschmunderstr. 18 gerufen. Montag Nachmittag 3 1/2 Uhr brannte Brandenburgstr. 20 eine Partie Holz im Keller.

Die Dreidenerstr. 113 beständige Lehrkräfte S. der Volkshochschule der Humboldt-Universität eröffnen vom 17. bis 21. Januar ihre Vortragsreihe für das I. Quartal 1898. Besonders hingewiesen sei auf die beiden Vorträge mit Experimenten des Dr. D. Range über „Metallurgie“ und des Dr. R. Heilmann über „Praktische Anwendung elektrischer Erscheinungen“. Dieses findet auch Unterricht in der schwedischen Sprache für Anfänger statt und freilichs English Reading and Conversation. Die ersten Vorlesungen einer jeden Vortragsreihe sind unentgeltlich. Für Mitglieder des Donners-Beisitzes sind besondere Ermäßigungen des Donners vorhanden. Programme werden kostenlos in der Buchhandlung von S. Hahn, Prinzenstr. 64, in der Musikalienhandlung von Rüge, Rosinplatz, und bei dem Vorlesenden des Kuratoriums Stadtverordneten Violon, Schmitzstr. 4, gern abgegeben.

Mißthelhaft ist der Selbstmord eines jungen Mannes, der aus Moabit gemeldet wird. Der 17 Jahre alte Sohn Reinhold des Pflanzers Junst aus der Lüneburgerstr. 3 war bis vor kurzem als Knecht in einem Teppichgeschäft der Elsenstraße beschäftigt. Vorgestern gegen Abend ging er mit dem Bemeten, daß er sich umziehen und die Kleider wechseln wolle, in das Hinterzimmer der elterlichen Kellernwohnung. Als die Mutter später in das Zimmer kam, fand sie den Sohn als Leiche an der Lärklühne hängen. Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Ueber den Beweggrund zum Selbstmord hat der junge Mann nicht die leiseste Andeutung gegeben.

Die „Urania“ ist in diesen Tagen mit einer Neuerung hervorgetreten, die weit mehr Beachtung verdient, als ihr bis jetzt aussehend entgegengebracht wird. Es werden nämlich in dem alten Institut der Gesellschaft in der Invalidenstraße eine Reihe Vorträge gehalten, in denen die Beziehungen bedeutsamer wissenschaftlicher Entdeckungen und Entdeckungen zum täglichen Leben erläutert werden sollen. Der erste dieser Experimentalvorträge befaßte sich mit der Gasfabrikation und deren Geschichte. Herr Dr. G. Raß wies in lebendigen Ausführungen auf den Ursprung dieses für unser öffentliches und privates Leben so bedeutsamen Gewerbezweiges hin und schilderte anschaulich das in den Beginn dieses Jahrhunderts fallende Vordringen der modernen Gasbeleuchtung. Dann ging der Redner zu der eigentlichen Erläuterung der Gasfabrikation über, die durch zahlreiche von der städtischen Gasanstalt in Charlottenburg aufgenommene Photographien veranschaulicht wurde. Doch damit ließ die „Urania“ es nicht genug sein. Der Vortrag am Sonnabend Abend, der sich im weiteren Verlaufe besonders eingehend mit der Herstellung des Gaslichts befaßte, war sozusagen nur die Einleitung zu einem praktischen Vortrage. Die Zuhörer wurden in aller Form und Feierlichkeit eingeladen, am nächsten Morgen, dem Sonntage, unter Führung des Vortragenden die Charlottenburger Gasanstalt persönlich zu besichtigen. Bei diesem Rundgange nahm Herr Dr. Raß dann noch in lebendiger Weise Gelegenheit, unter seinen Schülern und Schülerinnen die am Abend vorher gesammelten Kenntnisse zu befestigen. Unterrichtsvorträge der geschichtlichen Art haben in der „Urania“ noch mehrere in Aussicht. Wir können denjenigen unter unseren Lesern, denen ihre Mittel solches erlauben, den Besuch nach jeder Richtung hin empfehlen. Schön wäre es, wenn die „Urania“ Mittel und Wege fände, um auch Vereinen diese Erfahrungen zu annehmbaren Bedingungen möglich zu machen.

Theater. Im Schiller-Theater wird „Der König“, Schauspiel in fünf Aufzügen von Richard Schö, am Donnerstag zum ersten Male in folgender Besetzung der Hauptrollen in Szene gehen: Halimon „der Sonniger“, König von Aethiopien — Emad Bach, Königin Afalide — Hedwig Pantz, Königin Germonde — Clotilde Barth, Berengar, Herzog von Questa — Max Patzig, Admar den Medina — Willy Frohde, Wira — Fanny Wagner, Oran — Leopold Turner, Ein junger Edler — Edward v. Winterstein. Heute und morgen finden weitere Wiederholungen von „Der Negirator auf Reuen“ statt. — Wegen Ferkelheit des Direktors Carl Weh nach „Loben und Lieben“ im Oskend-Theater vorläufig vom Repertoire abgesetzt werden; am Mittwoch, Donnerstag und Freitag wird das romantische Zaubermärchen „Der Verschwoender“ mit den ersten Kräften zur Aufführung gelangen.

Aus den Nachbarorten.

Stralsund. Den Parteigenossen und Genossen hiermit zur Nachricht, daß am Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 2 Uhr, hier selbst eine öffentliche Parteiverammlung stattfindet, in welcher Reichsanwalt Gen. Wollgang Heine einen Vortrag über „Die Sozialdemokratie und die Todesstrafe“ halten wird. Ferner findet die Neuwahl der Vertrauensperson sowie der Lokalkommission statt. Näheres im Inseratenheil der Freitag-Nummer.

Die Vertrauensperson.

Den Fall Mally machen sich neuerdings Bureauhilfsarbeiter des Charlottenburger Magistrats zu nütze, um auch ihrerseits Ansprüche auf Anerkennung als lebenslänglich angeheftete Gemeindebeamte auf gerichtlichem Wege durchzusetzen. Gegenwärtig schweben drei derartige Klagen, und zwar der Hilfsarbeiter Munter und Bartbrecht und des Wohlverhaltens Schwarg. In dem Falle Schwarg ist der Magistrat beim Landgericht II unterlegen, hat aber Berufung eingelegt.

Das Kraftwerk für den elektrischen Betrieb der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn hat sich als zu klein erwiesen und muß bedeutend erweitert werden. Die Gesellschaft hat zu diesem Zwecke das an die Zentrale in der Spreestraße zu Charlottenburg angrenzende über 3000 Quadratmeter große Grundstück des Geh. Kommerzienraths Mendelssohn angekauft. Mit dem Erweiterungsbau wird im nächsten Frühjahr begonnen werden.

Der Anschluß der Charlottenburger städtischen Uhren an das Regulirungssystem der Gesellschaft „Normalzeit“ ist nur-mehr von dem Magistrat wie von der Stadtverordneten-Versammlung endgiltig beschlossen worden, und der Magistrat verlangt jetzt von der Stadtverordneten-Versammlung, daß in den nächsten Etat 1500 M. für den Anschluß von 12 Uhren und 1100 M. als laufende Ausgabe für die Regulirung und Instandhaltung der Uhren eingestellt werden.

Einen Selbstmordversuch machte Sonntag Morgen auf dem Personen-Bahnhof in Spandau der 15jährige Realschüler Adolf Eilos aus Tscheln; er schoß sich eine Revolverkugel in die linke Brustseite. Noch lebend aber schwer verletzt, wurde er ins städtische Krankenhaus geschafft, wo er noch einige Angaben über seine Person zu machen im Stande war. Daraus ging hervor, daß er aus „Rechtsgut“ den Tod gesucht habe. Später verlor er das Bewußtsein; sein Zustand ist hoffnungslos.

Gerichts-Beilage.

In der Lotteriefrage liegt in der „Lotterie-Post“ ein sehr interessanter Urtheil des Schöffengerichts zu Halle a. S. vor. Ein Angeklagter, der einem Restaurateur zwei 1/2 Loos der Hamburger Lotterie mit der Aufforderung zum Spielen zugesandt hatte, war aus § 2 des preussischen Gesetzes vom 29. Juli 1885 angeklagt worden. Das Schöffengericht hat auf Freisprechung erkannt, weil das preussische Gesetz vom 29. Juli 1885 der Reichsgesetzgebung nicht entgegensteht. Zur Begründung dieser Ansicht heißt es in dem Erkenntnis u. a.: Unbedenklich ist davon anzugehen, daß das Strafgesetzbuch beabsichtigt hat, durch die Bestimmungen in den §§ 284-286, 300 Ziffer 14 die Materie des Glücksspiels im weiteren Sinne strafrechtlich zu erschöpfen. Das Strafgesetzbuch bezeichnet die Theilnahme am Glücksspiel und dessen Förderung unter gewissen thatsächlichen Voraussetzungen als Straftat. Insofern es aber diese besonderen Thatumstände zur Bestimmung der Strafbarkeit der Theilnahme am Glücksspiel macht, spricht es sich zweifellos aus, daß da, wo diese thatsächlichen Voraussetzungen nicht zutreffen, die Theilnahme am Glücksspiel straflos sein soll. Es würde ganz unpassend erscheinen, wenn der Gesetzgeber zwar die Theilnahme am Glücksspiel unter den in den angezogenen Vorschriften angegebenen Voraussetzungen hätte mit Strafe bedrohen wollen, gleichzeitig aber von dem Gedanken geleitet worden wäre, daß hiermit die Materie des Glücksspiels vom strafrechtlichen Gesichtspunkte aus nicht abgeschlossen sein, daß es jedoch lediglich der Partikulargesetzgebung überlassen bleiben solle, darüber zu bestimmen, ob die Theilnahme am Glücksspiel auch noch in anderen, vom Strafgesetzbuch nicht bezeichneten Fällen strafrechtlich zu ahnden sei. So heißt es wirklich in dem Urtheil des Reichsgerichts vom 3. Mai 1898 (Entsch. Bd. 18 S. 5). Mit diesen Ausführungen ist die Frage erledigt. Die Materie des Glücksspiels im weiteren Sinne ist reichsrechtlich geregelt, d. h. erschöpft, nicht bloß gerichtlich. Für die (vorhandene wie zukünftige) Landesgesetzgebung ist demnach kein Raum. Das preussische Gesetz vom 29. Juli 1885 widerspricht dem Reichsrecht. Die entgegenstehende Meinung stützt sich auf eine Bemerkung der Motive zum § 281 des Entwurfs, wonach das Verbot des Spielens in auswärtigen Lotterien der Landesgesetzgebung nicht abgegrenzt werden sollen. Es mag sein, daß der Verfasser der Motive die Tendenz verfolgte: es „solle“ die Materie des Glücksspiels in diesem Einzelfunkte nicht geregelt werden. Thatsächlich aber ist sie geregelt worden. Daraus ergibt sich, daß die Motive mangels jeder Gesetzeskraft hinsichtlich der gegenüber dem, was wirklich Gesetz geworden ist. Es heißt, den Motiven übermäßig hohen Werth beilegen, wenn man die in ihnen ausgesprochene Tendenz gegenüber dem aus dem Zusammenhang der gesetzlichen Bestimmungen sich ergebenden gedanklichen Inhalt durchsetzen will. In dem Falle eines Widerspruchs, wie hier, ist die Bemerkung der Motive lediglich die Privatanficht des Verfassers der Motive. Aus-schlaggebend bleibt, daß die Materie des Glücksspiels thatsächlich geregelt worden ist.

Ein Eau de Cologne-Prozess beschäftigt gestern längere Zeit die I. Strafkammer des Landgerichts I. Unter der Anklage des Vergehens gegen das Waarenzeichen-Gesetz hatten sich der Fabrikant Bruno Haffel und der Kaufmann Anton Sohn zu verantworten. Beide haben im März v. J. eine der 21 Johann Maria Farina-Firmen, deren sich die Stadt Köln erfreut, übernommen, und betreiben das Geschäft unter der Firma Johann Maria Farina gegenüber dem Rudolf-Platz sowohl in Köln als auch in Berlin. Eine andere Kölner Firma ist bekanntlich die von Johann Maria Farina gegenüber dem Jülich-Platz, die sich die älteste Ausstattung ihrer Flaschen hat schützen und 1894 in die Reichsliste hat eintragen lassen. Sie hat gegen die Angeklagten die Strafanzeige wegen Verletzung des § 14 des Gesetzes zum Schutze der Waarenzeichnungen erstattet, weil die Ausstattung ihrer Flaschen, insbesondere die Etiquette und der Namenszug so genau mit denjenigen der Antragsteller übereinstimmen, daß das Publikum den kleinen, in den Worten „gegenüber dem Rudolf-Platz“ liegenden Unterschied gar nicht bemerkte und annehmen mußte, daß es sich um Eau de Cologne von „gegenüber dem Jülich-Platz“ handele. Die Geruchsprobe der klagenden Firma vertrat Rechtsanwalt Schmidt, während die Rechtsanwältin L. B. und Max C. eine Strafbank der Angeklagten sowohl in subjektiver als in objektiver Beziehung als ausgeschlossen erachteten. Sie stellten eine ganze Reihe von Eau de Cologne-Flaschen der aller verschiedensten Farina-Firmen auf den Tisch des Gerichts, um die gerichtsnotorische Thatsache zu erweisen, daß die Flaschenausstattung aller dieser Firmen und auch der Firmen der Angeklagten fast ganz gleich sei. Darunter befanden sich Firmen, die sich schon 200 Jahre lang desselben Waarenzeichens bedienen. Dieses Zeichen sei nachgerade ein Freizeichen in der Geschäftswelt der Eau de Cologne-Fabrikation geworden und auch von der Firma der Angeklagten schon vor dem Jahre 1894 geführt worden. Wenn es sich um Kölnisches Wasser handle, sei eine Täuschung des Publikums überhaupt ausgeschlossen, denn dieses sei gewissermaßen schon darauf dressirt, sich beim Kaufe die Flaschen ganz genau anzusehen. — Der Gerichtshof erachtete die Angeklagten zwar nicht des Vergehens gegen § 14, aber doch gegen § 15 des Gesetzes zum Schutze der Waarenzeichnungen für schuldig, weil hier „zum Zwecke der Täuschung in Handel und Verkehr Waaren oder deren Verpackung und Umhüllung mit einer Ausstattung, welche innerhalb betheiligter Verkehrs-kreise als Kennzeichen gleichartiger Waaren eines anderen gilt, ohne dessen

Genehmigung versehen worden sein. Der Staatsanwalt beantragte 600 M. Geldstrafe, der Gerichtshof erkannte auf je 200 M. Geldstrafe und sprach dem Vertreter der Firma Johann Maria Farina gegenüber dem 'Nächtigen' die Befugnis zu, das Urteil auf Kosten der Angeklagten in der 'Köln. Ztg.' und in der 'Voss. Ztg.' zu veröffentlichen. Außerdem wurde auf Beseitigung der widerrechtlichen Kennzeichnung von den im Besitz der Verurteilten befindlichen Flaschen erkannt.

Verfassungen.

Eine sehr stark besuchte Volksversammlung, aus Anlaß des 8. des Köppen von Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung einberufen, tagte am Sonntag in einer Anzahl von mehr als 2000 Personen im Konzerthaus in der Leipzigerstraße. Die Schlußparole der Frau im öffentlichen Leben lautete das Thema, welches zur Verhandlung stand. Frau Schulrath Cauer, welche der Versammlung präsidierte, bemerkte, die Einberuferinnen hätten, da es sich um eine Frage von allgemeiner Bedeutung handelte, alle Kreise, bei denen man ein Interesse für diese Angelegenheit voraussetzen durfte, eingeladen: die Reichstags-Abgeordneten, die in der Bewegung bekannten Arbeiterinnen; diese hätten jedoch die Beteiligung abgelehnt, weil sie die Angelegenheit in einer besonderen Versammlung von ihrem Parteistandpunkt behandeln wollten. Auch an Personen von der Stadtmission seien Einladungen ergangen, dieselben schienen sich jedoch vor einer öffentlichen Besprechung sittlicher Mißstände, obgleich sie ihnen, namentlich dem Leiter der Stadtmission, längst bekannt seien. Zutimmende Erklärungen zu dieser Protestversammlung seien aus einer Reihe der größten Städte Deutschlands eingelaufen. Erfreulich sei es, daß die Presse den Fall Köppen mit einer Einmütigkeit, die man sonst, wenn es sich um Frauenangelegenheiten handelt, nicht gewohnt ist, verurteilt hat. Der Fall Köppen, der den ruhigen Bürger aufgeschreckt habe, werde wohl nicht vereinzelt dastehen. Er sei ein Symptom unserer Zustände. Der Angabe des Mannes habe man auf der Polizeiwache Glauben geschenkt, aber nicht den Versicherungen des schuldlosen Mädchens. Das sei bezeichnend für die Stellung der Frau in der Gesellschaft und im öffentlichen Leben. Die Rednerin kritisierte das Institut der Sittenpolizei und theilte aus den Erfahrungen, die sie bei ihrem Besuch auf dem Polizeipräsidium gemacht, einiges mit. Der Raum für die Sittlichen, den sie gesehen, sei ganz ungenügend. Scharen von Prostituirten, den verschiedensten Altersstufen angehörend, in ärmlicher und in eleganter Kleidung, habe sie bei diesem Besuche gesehen. Wie ihr Graf Richter mittheilte, gäbe es Mädchen von 12 Jahren, die schon unter polizeilicher Kontrolle stehen. Wenn man nun frage, warum diese jugendlichen Geschöpfe nicht in einer Erziehungsanstalt untergebracht werden, dann laute die Antwort: dazu sei kein Geld da. Unsere Volksvertretung sollte doch nicht nur Plotten bewilligen, sondern auch dafür sorgen, daß derartige sittlichen Mißstände ein Ende gemacht werde. Rednerin forderte die Frauen auf, sich ihre Gleichberechtigung zu erringen. Nur dann könne die Frauen- und Sittlichkeitsfrage gelöst werden. Die zweite Rednerin, Frau Biederböhm verbreitete sich über die Uebelstände auf dem Gebiete der polizeilichen Sittenkontrolle. Die Polizei müsse eifrig werden, aber nicht nur die Schulpflicht, sondern auch deren Vorgesetzte. Die Rednerin tritt ein für Anstellung von Polizeimatronen und Polizeierztinnen und beklagt das unsittliche Verhalten gewisser Prinzipale und Unternehmer ihren weiblichen Angestellten gegenüber. Wenn ein Schuttmann einem Mädchen zu nahe tritt, dann mache die Presse dagegen Front und zeige, daß sie auch aus ethischer Höhe stehen könne. Anders dagegen, wenn ein Unternehmer ein Attentat auf die weibliche Ehre seiner Angestellten begebe; da entrüste sich die Presse nicht, es komme sogar vor, daß die moralische Qualifikation des besuldeten Mädchens angezweifelt werde. Fräulein Wiesner führte in längerem Vortrage aus: Die mangelnde Achtung vor der weiblichen Ehre sei darauf zurückzuführen, daß die sittlichen Anschauungen, die hinsichtlich des Verkehrs zwischen beiden Geschlechtern bei uns herrschen, hinter der

Kulturentwicklung zurückgeblieben seien. Die staatlich konzessionirte Prostitution verleite Jünglinge und Knaben zu Ausschweifungen, deren Opfer meist die Mädchen der sogenannten niederen Stände seien. Durch Erziehung in Schule und Haus müßten die jungen Männer zu einem sittlichen Lebenswandel angehalten, die Mädchen aber unter Leitung von Lehrerinnen über ihre Bestimmung als Geschlechterwesen aufgeklärt werden. Hieraus beleuchtete Fräulein Barowski die Lage der Handelsgeldbesitzerinnen und schilderte in beredten Worten, wie diese oft unter den Nachstellungen ihrer Prinzipale zu leiden hätten, die in den Angestellten ein zu ihrer Verfügung stehendes Genusobjekt erblickten. Fräulein Dr. jur. Anita Kugspurg, mit lebhaftem Beifall begrüßt, sagte in Anknüpfung an den Fall Köppen: Die Presse halte es für nötig, in solchen Fällen Entschuldigungsmotive dafür anzuführen, daß ein Mädchen zu später Abend- oder Nachtstunde allein auf der Straße weile. Solche Auffassung sei zu verwerfen. Man müsse den Frauen das Recht zuerkennen, sich auch des Nachts allein auf der Straße zu bewegen, zu deren Erhaltung sie in gleicher Weise beisteuern müssen, wie die Männer. Fräulein Kugspurg hielt sich jeder Mann für berechtigt, alleingehende Mädchen und Frauen unter dem Schutze der Dunkelheit zu belästigen. Wenn wir (die Frauen) Abend für Abend solche Insulten erleben, dann darf man es und nicht werden, wenn wir auf das ganze männliche Geschlecht das Odium der Sittlosigkeit werfen. Es heiße, wenn eine weibliche Person des Nachts auf der Straße langsam promenire, so genüge das schon, um die Aufmerksamkeit des Schuttmanns zu erregen. Warum werde denn nicht langsam promenirenden Männern die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt? Im Falle Köppen sei der Angeber Herzog, nachdem er seinen Namen genannt, sogleich von der Polizeiwache entlassen worden, während Elise Köppen zurückgehalten wurde, obgleich doch die gegen sie vorgebrachte Beschuldigung durch nichts erwiesen war. Der Wachmeister hatte sich allerdings, wie das Polizeipräsidium sagt, geirrt. Dieser Irrthum habe aber schwere Folgen für Fräulein Köppen gehabt. Man dürfe wohl fragen, welche Sühne das öffentliche Rechtsgesühl und die schwer getränkte Elise Köppen erhalten habe? Der Wachmeister sei in ein anderes Revier versetzt. Welche Sicherheit habe man, daß sich in seinem jetzigen Revier nicht ein solcher Fall wiederhole? Die Rednerin führt weiter aus, daß die Behandlung Fräulein Köppen's auf dem Polizeipräsidium den bestehenden Vorschriften nicht entsprochen habe. Prinzipal habe die Polizei durchaus falsch gehandelt. Sie sei in keiner Weise berechtigt gewesen, Elise Köppen in Gewahrsam zu halten und ohne ihren Willen unterzuziehen zu lassen. Selbst wenn die Angabe Herzog's wahr gewesen wäre, so lag keine strafbare That, sondern nur ein strafloser Versuch vor. Dem Herzog, der mit 6 Monaten Gefängniß bestraft wurde, sei es als Strafmäßmaß angerechnet worden, daß Elise Köppen schon in Beziehungen zu ihrem Bräutigam stand. Eine solche Heranziehung von Privatangelegenheiten zürne dem Richter nicht. Das Verfahren, welches ein Mädchen unter steten polizeilichen Kontrolle stellt, geschähe ohne Mitwirkung des Gerichts, nur auf polizeiliche Verfügung. Wenn diese auch meist sehr liberal gehandhabt werde, seien ungerechtfertigte Verurtheilungen doch nicht ausgeschlossen, und müsse gegen solche die Möglichkeit eines Rekurses mit ausschließender Kraft gegeben sein. Es müsse scharf unterschieden werden zwischen Verdacht und That. Anstatt der zwangsweisen ärztlichen Untersuchung müsse die Beibringung eines privatarztlichen Attestes zulässig sein. Die Sittenpolizei müsse beseitigt werden, denn sie gewähre keinen Schutz gegen Anstechung und sei eine ungerechte Institution, die ihre härtesten Konsequenzen auf die Opfer der Prostitution wirft und die Anstifter unbedeutend läßt. Sollte das Institut aufrecht erhalten bleiben, dann bedürfte es durchgreifender Reformen, die ohne Hilfe von Frauen nicht durchführbar seien. Im Interesse eines wirksamen Schutzes der erwerbsthätigen Frauen und Mädchen sei eine Milderung des Strafrechts erforderlich insofern, daß unsittliche Attentate des Unternehmers gegen seine Angestellten ohne Antrag von der Behörde verfolgt werden. Ferner sei die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren und eine zeitgemäße Milderung der Gewerbe-Ordnung zu fordern. Fräulein Kugspurg brachte zwei im Sinne ihrer letzten Ausführungen gebaltene Resolutionen ein, die an den

Reichstag, das preussische Ministerium des Innern und die Polizeibehörden der großen Städte geschickt werden sollen. — Die vorstehend skizzirten Referate wurden sämmtlich mit Beifall begleitet. Nachdem die Diskussion eröffnet, nahm Frau Marie Greifenberg das Wort, um auf die von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Beschränkung aufmerksam zu machen, die am Dienstag in der Brauerei Friedrichshain stattfand und sich mit derselben Angelegenheit beschäftigte. Frau Gubela erzählte ein eigenes Erlebnis auf der Polizeiwache und kritisierte das Verhalten von Polizeibeamten dem Publikum gegenüber. Ihre Schlußworte: Die einzige Partei, welche bestrebt sei, die Mißstände auf dem Gebiet des Polizeiwesens mit der Wurzel auszurotten, sei die Sozialdemokratie, entfielen einen wahren Beifallssturm. Diese Thatsache zeigt, daß die überwiegende Mehrheit der Versammlung aus Anhängern der Sozialdemokratie bestand, die bürgerlichen Elemente aber nur schwach vertreten waren.

Berlin selbständiger Gesangsverein. Heute Abend 8 Uhr bei Wehrmann, Alte Jakobstraße 64/66: Versammlung. — Das erste Stiftungsfest findet am Sonntag, den 16. Januar, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72, statt.

Literarisches.

Cosmopolis, Internationale Revue. Das Januarheft dieser dreisprachigen Zeitschrift hat auch für sozialistische Leser ein besonderes Interesse. Bekanntere Sozialisten der drei Länder England, Frankreich und Deutschland, in deren Sprachen Cosmopolis' seine Aufsätze veröffentlicht, haben Beiträge geliefert. Dymman schreibt über den Sozialismus und die Zukunft Englands, Jaurès über den französischen Sozialismus, und Liebknecht über 'Zukunftstaatsliches'. Der Aufsatz Liebknecht's datirt von Mitte November 1897, ist also geschrieben worden kurz bevor Genosse Liebknecht ins Gefängniß gehen mußte. Wie die Redaktion des 'Cosmopolis' mittheilt, werden im Februarheft Entgegnungen auf die genannten drei Aufsätze vom idealistischen Standpunkte aus erfolgen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Freitag und Sonntag von 6 bis 8 Uhr abends statt.

B. W. Brief erhalten.

Wetter. Der Abkommensverein von Dienstverhältnissen für fränke Diensthilfen hat sein Bureau Nordendstraße 34. Geöffnet von 10-1 und 4-6 Uhr.

Richtenberg 176. 1. Gut Erde und Blut. 2. Ist Gemeinjahr.

H. W. Berlin. Die gesetzliche Wartezeit für Wittwen und geschiedene Ehefrauen zur Wiederheiratung beträgt in Deutschland 10 Monate. Will die Betreffende sich früher verheirathen, so kann sie (am besten unter Beistand eines Hebammen- oder ärztlichen Attestes) einen Antrag, sie von der Wartezeit zu dispensiren, an das Amtsgericht richten. — Friedrichshain 109. 1. Nur wenn er den früheren Zustand unverändert wiederherstellt. 2. Recht. — S. 2. 401. Zahlen Sie nicht, der Einwand der Verjährung ist durchschlagend. — Meyer in D. Sie könnten auf Erbschaften klagen; der Erfolg hängt aber sehr von der Empfindung des Richters ab. — W. 2. 15. Sprechen Sie mit den betreffenden Papieren, insbesondere mit etwa älteren Antworten der Vermögensgesellschaft, in der Sprechstunde vor. — A. 3. Nur wenn vertraglich die im Betriebe gemachten Erfindungen dem Arbeitgeber zuzurechnen sind (z. B. bei einem betriebsfremden Erfindung von patentfähigen Erfindungen engagirten Angestellten) hat dieser, sonst der Arbeiter das Urheberrecht. — P. W. G. Vielen Dank. Der Prospekt würde uns aber zu einer Empfehlung nicht veranlassen können. Es kommt auf die Statuten und vor allem auf das Geschäftsgeheimnis an. Ohne den Betreffenden zu nahe treten zu wollen, können wir ohne genaue Kenntniß dieser Grundlagen, Bureau's, Vereinigungen u. s. w., die angeblich unentgeltlich geistiges Eigentum schützen wollen, nicht empfehlen. — S. 2. 99. Ein neuer Untersuchungswohnort wird durch zweijährigen, ununterbrochenen Aufenthalt in dem neuen Wohnort erworben, falls in dieser Zeit Anwesenheit nicht geahndet werden. Der in Berlin untersuchungs-berechtigt ist, verliert also den hiesigen Untersuchungswohnort nicht, wenn er forzieht, aber innerhalb zwei Jahren hier wieder Wohnort nimmt.

Wetter-Prognose für Dienstag, 11. Januar 1898. Ein wenig wärmer, ziemlich trübe und unbelig mit geringen Niederschlägen und schwachen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 11. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr.
in Habel's Brauerei-Ausschank, Bergmannstr. 5-7:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Friedberg über: 'Die sogenannte soziale Befreiung'. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).
Dienstag, 11. Januar, abends 8 Uhr,
im Lokal des Herrn Haase, Gr. Frankfurterstr. 117:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen H. Wagner über: 'Industrie und Marine'. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Zwei Versammlungen.
Für Gesundbrunnen im 'Victoria-Garten', Badstraße Nr. 12.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Alfr. Bernstein über: 'Der Weltmarkt'. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten.
Für Rosenthaler- und Oranienburger Vorstadt im Lokal von Mündner, Bergstraße Nr. 12.
Tages-Ordnung:
1. Die politische Lage. Referent Georg Ledebour. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlecke Berlin.
Mittwoch, 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Senfstr. 20/21:
Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.
Tages-Ordnung:
Unsere Gewerkschaft, wie sie ist und wie sie sein soll. Werkstatt-Streits und Differenzen. Verhandlungsangelegenheiten. Ausgabe des Jahresberichts.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Der Ortsverwaltung.

Achtung! Putzer. Achtung!
Die erste Baudeputz-Sitzung findet am Mittwoch, den 12. Januar, abends 6 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße 33, statt. Pünktliches Erscheinen der Deputierten ist notwendig.

Achtung!
Am Dienstag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain:
Grosse Protest-Versammlung der Frauen und Mädchen Berlins.
Tages-Ordnung:
1. Die Heiligkeit der Familie in Theorie und Polizei-Praxis.
Referenten: Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen und Genossin Lily Braun. 2. Diskussion.
Um zahlreiches Besuch seitens der Genossinnen und Genossen ersucht
Die Vertrauensperson.

Achtung, Maurer Berlins und der Umgegend.
Mittwoch, den 12. Januar, abends 8 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstr. 112:
Große öffentliche Maurer-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Diskussion über die Einigungsfrage.
Kollegen! Erscheint alle in dieser Versammlung. (131/2)

Buchdrucker!
Mittwoch, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, versammeln sich alle
Larifgemeinschafts-Begner.
T. O.: Ist eine Trennung vom Verbandsverband notwendig? Referent Doll. Richter. 2. Diskussion. 3. Event. Gründung eines Buchdrucker-Vereins. 4. Aufnahme von Mitgliedern. (295/76) Der Einberufer.

Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravatten-Branche Berlin und Umgegend.
Dienstag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz, Neue Königstraße Nr. 7:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, des Bibliothekars und des Arbeitsvermittlers. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes, des Bibliothekars und des Arbeitsvermittlers. 3. Wahl der Revisoren. 4. Berichtsangelegenheiten. Ausgabe der Wäsche zu unserem am 6. Februar im Schweizer Garten stattfindenden Karnevalsfest (Ein Sommerfest in Ulwitz), sowie der Urania-Billets (Der dunkle Erdball). 251/1
Einen recht zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Bekanntmachung.
Fünfte Abänderung zum Statut des Orts-Frankenhef der Bergolder, Goldschläger und Berufsangehörigen zu Berlin. 227/1
Artikel I.
§ 2 Absatz 1 Ziffer 3 werden die Worte gelassen: 'sowie der Handlungs-Gehilfen und Lehrlinge.'
Artikel II.
Diese Abänderung tritt am 1. Januar 1898 in Kraft.
Berlin, den 15. Dezember 1897.
Der Vorstand.
Paul Höpner, Vorsitzender.
Hermann Borchert, Schriftf.
Vorherige Abänderung wird hiermit genehmigt.
Berlin, den 30. Dezember 1897.
Der Bezirks-Ausschuß. Meyer.

Gesangsverein 'Jugendluft'
Gemischter Chor, 26526
Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.
Tagesdeluzige Damen und Herren wollen sich zur Aufnahme melden. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr in Hoffmann's Hofstätten, Alexanderstraße 27 a (Englischer Garten) part.

Die Lohnkommission.
6 Pfund Brot für 50 Fig.
Hefert 305/34
Albrecht's Bäckerei, Wangelstr. 8, Wangelstr. 26, Kaldenfeinstr. 28, Sanktveitstr. 2.
Steppdecken, Regulatoren, Betten, Spotts, Roanberstr. 6, Pfandl.

Strickwolle-Kaufhaus.
*
Nehe in Pecher und Hofwolle zu Fabrikr. Dolmarstr. 60, G. L. I. Tr.

Fachverein der Stellmacher Berlin und Umgegend.
Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schiller, Potsdamerstr. 57:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1897. 2. Bericht der Prüfungskommission. 3. Endgültige Beschlußfassung über den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband. 4. Berichtsangelegenheiten. 159/1
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Tapezierer. Achtung!
Mittwoch, den 12. Januar, abends 9 Uhr, in den 'Arminhallen', Kommandantenstraße 20:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Johann Sassenbach über: 'Die neue Zimmungs-Gesetzgebung'. 2. Diskussion. 3. Die Reorganisation des Arbeitsnachweises. 4. Gewerkschaftliches. 180/1
Es ist Pflicht aller Kollegen, unbedingt pünktlich zu erscheinen.
Die Agitations-Kommission. J. A.: O. Wals, Greifswaldstr. 29.

Deutsche Kaffee-Rösterel von A. Pennitz, Berlin C., Rosenthalerstr. 59.
Verbandhaus von Kaffee und Kaffeeurrogaten.
Der Preisliste des Kaffeehandels entsprechend empfohlene naturreine geröstete, gut schmeckende Kaffees pr. Pfd. 70, 80, 90 u. 100 Fig.
Meine seit Jahren so beliebte Deutsche Kaffee-Mischung a Pfd. 40 Fig. bleibt von 1 bis 2 Liter vorzügliches Kaffeegetränk.
Verbandhaus von Kaffee und Kaffeeurrogaten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 11. Januar.
Opernhaus. Singspiel. Die Entführung aus dem Serail. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das neue Weib. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Mädchentraum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessling. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anf. 7 1/2 Uhr.
Goethe. Der Hottentot. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königs. Die Logenbrüder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Die schöne Helena. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Registrator auf Reisen. Anfang 8 Uhr.
Kessling. Sein Erbe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berliner Fährten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.
Volkstheater. Der Bräutigam auf Probe. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtsches. Die kleinen Sogabunden. (Les deux gosses.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Pantomime. Anfang 8 Uhr.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Amerikan. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hoftheater. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Passage. Pantomime. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 11. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 128. Male:
Berliner Fährten.
Beste Ausstattung mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Musik von Jul. Gladschöfer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Berliner Fährten.
Ostend-Theater.
Gr. Franzosenstr. 132. Dir. G. Weich.
Leben und Lieben.
Bühnenstück mit Gesang in fünf Akten von O. Klein. Musik von G. Wanda. Anf. 8 Uhr. Im Tunnel von 7 Uhr ab: - Frei-Konzert -
Mittwoch: Wegen Hesperid des Direktors G. Weich mit Leben und Lieben abgesetzt werden; dafür „Der Verführer.“ Roman. Handm. Märchen in 3 Akten mit Gesang und Tanz von Raimund.

Luisen-Theater
31. Reichsbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Auf goldenem Boden.
Bühnenstück mit Gesang in 5 Bildern von Wilhelm Freytag. Musik von Gustav Steffens. Dora. Anna Müller. Linda. Bollmann. Arthur Winkler.
Morgen: Dasselbe Vorstellung.
Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glick.
Paul Spadoni. * Lina Goltz.
Desroches-Bianca.
Aurora-Troupe. * Spink-Spink.
Miss Bertholdi
Mr. Arras. Brook and Danckam.
Carmen-Faur
Les 5 Revals. * Sisters Morden.
Siegwart Gentes
u. s. w. u. s. w.
Kasseneröffnung 7 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.
Concerthaus
Leipzigstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und **Humoristen.**
Anf. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Alle fünf
Barrisons.
Lene, Hebe Lene

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 11. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 128. Male:
Berliner Fährten.
Beste Ausstattung mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Musik von Jul. Gladschöfer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Berliner Fährten.
Ostend-Theater.
Gr. Franzosenstr. 132. Dir. G. Weich.
Leben und Lieben.
Bühnenstück mit Gesang in fünf Akten von O. Klein. Musik von G. Wanda. Anf. 8 Uhr. Im Tunnel von 7 Uhr ab: - Frei-Konzert -
Mittwoch: Wegen Hesperid des Direktors G. Weich mit Leben und Lieben abgesetzt werden; dafür „Der Verführer.“ Roman. Handm. Märchen in 3 Akten mit Gesang und Tanz von Raimund.

Luisen-Theater
31. Reichsbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Auf goldenem Boden.
Bühnenstück mit Gesang in 5 Bildern von Wilhelm Freytag. Musik von Gustav Steffens. Dora. Anna Müller. Linda. Bollmann. Arthur Winkler.
Morgen: Dasselbe Vorstellung.
Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glick.
Paul Spadoni. * Lina Goltz.
Desroches-Bianca.
Aurora-Troupe. * Spink-Spink.
Miss Bertholdi
Mr. Arras. Brook and Danckam.
Carmen-Faur
Les 5 Revals. * Sisters Morden.
Siegwart Gentes
u. s. w. u. s. w.
Kasseneröffnung 7 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.
Concerthaus
Leipzigstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und **Humoristen.**
Anf. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Alle fünf
Barrisons.
Lene, Hebe Lene

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 11. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 128. Male:
Berliner Fährten.
Beste Ausstattung mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Musik von Jul. Gladschöfer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Berliner Fährten.
Ostend-Theater.
Gr. Franzosenstr. 132. Dir. G. Weich.
Leben und Lieben.
Bühnenstück mit Gesang in fünf Akten von O. Klein. Musik von G. Wanda. Anf. 8 Uhr. Im Tunnel von 7 Uhr ab: - Frei-Konzert -
Mittwoch: Wegen Hesperid des Direktors G. Weich mit Leben und Lieben abgesetzt werden; dafür „Der Verführer.“ Roman. Handm. Märchen in 3 Akten mit Gesang und Tanz von Raimund.

Luisen-Theater
31. Reichsbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Auf goldenem Boden.
Bühnenstück mit Gesang in 5 Bildern von Wilhelm Freytag. Musik von Gustav Steffens. Dora. Anna Müller. Linda. Bollmann. Arthur Winkler.
Morgen: Dasselbe Vorstellung.
Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glick.
Paul Spadoni. * Lina Goltz.
Desroches-Bianca.
Aurora-Troupe. * Spink-Spink.
Miss Bertholdi
Mr. Arras. Brook and Danckam.
Carmen-Faur
Les 5 Revals. * Sisters Morden.
Siegwart Gentes
u. s. w. u. s. w.
Kasseneröffnung 7 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.
Concerthaus
Leipzigstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und **Humoristen.**
Anf. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Alle fünf
Barrisons.
Lene, Hebe Lene

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 11. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 128. Male:
Berliner Fährten.
Beste Ausstattung mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Musik von Jul. Gladschöfer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Berliner Fährten.
Ostend-Theater.
Gr. Franzosenstr. 132. Dir. G. Weich.
Leben und Lieben.
Bühnenstück mit Gesang in fünf Akten von O. Klein. Musik von G. Wanda. Anf. 8 Uhr. Im Tunnel von 7 Uhr ab: - Frei-Konzert -
Mittwoch: Wegen Hesperid des Direktors G. Weich mit Leben und Lieben abgesetzt werden; dafür „Der Verführer.“ Roman. Handm. Märchen in 3 Akten mit Gesang und Tanz von Raimund.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Zum Schluss: Illustrirtes Quodlibet in 12 lebenden Bildern.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Indisch-hindustanische Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

W. Hoack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Heute Dienstag, 11. Januar 1898:
Doctor Wespe.
Lustspiel in 5 Aufzügen von Benedix. Nach der Vorführung: Tanzkränzen. Mittwoch: Doctor Wespe.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Das neue erfolgreiche Kisten-Jaunar-Programm.
Niagara, Könige aller Thurmseillaufers.
Lülsdorf mark Eichen.
Cabaret, dressierte Lilliputaner Händchen.
Lebende Photographien.
Robital! Um 8 1/2 Uhr: Robital! Mit Winkler und Fröbel in der aktuellen Operetten-Parodie.
Das **radelnde Berlin.**
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Volks-Theater
Im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Neu! Neu!
Hahnemann & Hahnemann.
Schon in einem Aufzuge.
Robital! Robital!
Die Regimentnummer.
Urbrosige Pötte mit Gesang.
Im vorderen Solo:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Sonntags 6 Uhr.
Anfang: Wochentags 7 1/2, Ubr.

Konzert-Sanssouci
Reichsberger Straße Nr. 4a.
Dir. G. Pieren.
Kritischer Leiter Prof. Wöhringer.
Großer Beifall!
Im Reiche der Sirenen.
Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 3 Bildern von Joh. Götner u. Jean Häbler. Musik von Joh. Götner.
Neue Spezialitäten.
Sonntags Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Großer Ball.
Entree 50 Pf.
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Pass-partouts gelten.
Vorstellungen Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Altenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Sensueller Familien-Kostenball.
Neu! **Flotte Matrosen.** Neu!
Große Ausstattungs-Operette in 1 Akt von G. Lindner.
Neu! Vorher: Neu!
Die Liebe im Eckhause.
Lustspiel in 2 Aufzügen v. A. Godmar.
Austreten sämtlicher Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Referiert May 50 Pf.
Borgungsarten haben Willkür.

Neues Olympia-Riesentheater
(Circus Renz.) Täglich 8 Uhr abends: Karlsruher.
Bolossy Kiralfy's „Constantinopel“
An Sonn- und Feiertagen: Zwei Vorstellungen.
(Nachmittags 1 Kind frei.)
Näheres siehe Anschlagtafel.

Reichshallen-Theater.
Leipzigstrasse 77.
Jubelnder Beifall! Stürmische Dacapo's!
Das sind die Erfolge des wirklich grossartigen Spezialitäten-Programms.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Avis! Sonnabend, 15. Januar: **Elite - Masken - Ball** (Ein Sommertag in Monaco).
Billetvorverkauf täglich von 11 bis 1 Uhr.
Im Reichshallen-Tunnel **Militär-Concert in Uniform.**

Quarg's Vaudeville-Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Das Armband. Das Modell.
Avis! Sonnabend, den 15. Januar, bleibt das Vaudeville-Theater geschlossen. Dafür: Einmaliges Gastspiel der **Budapester im Parodie-Theater,** Dramenstrasse 52.

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Die beiden Kompagnons Neu! und Die Verschwörer.
Reinhold Lange, Käthe Leonardi, der beste Comorist, bildschöne der Jugendzeit, Rosina-Soubrette
Neu! **Mr. Alfons, Neu!** der bedeutendste Hand- und Fuß-Schnellmaler.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.

Gebr. Herrnsfeld's I. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Kaufmann's Variété.
Täglich ausverkauft!
Heute und folgende Tage die Gebr. Herrnsfeld'sche Novität
Familie Kochsalz
Vorher die reizende Operette **Gefährliche Jungen** und das ausserordentliche Spezialitäten-Ensemble. U. a.: William Schöff, Dr. Guido Steinitz, Amanda Nordstern, Geschwister Reblentisch.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Böhmisches Brauhaus
Landberger Allee.
Heute, sowie jeden Dienstag:
Stettiner Sänger
(Miesch, Pietro, Britton, Ziehl, Aron, Köhl, Schneider und Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Joh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.
Künstliche Zähne.
H. Steffens, Rosenholzerstr. 61, 2 Tr. * Theilzahlung v. Woche 1 R.
1453b) Künstliche Zähne etc. C. Gedicke, Streifenstr. 52.

Neues Olympia-Riesentheater
(Circus Renz.) Täglich 8 Uhr abends: Karlsruher.
Bolossy Kiralfy's „Constantinopel“
An Sonn- und Feiertagen: Zwei Vorstellungen.
(Nachmittags 1 Kind frei.)
Näheres siehe Anschlagtafel.

Dem treuen Kämpfer des Proletariats, dem Vertreter des Kreis' Leitungs-Büros: Stortow-Gharlottenburg
Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil
senden die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 50. Geburtstag Die Parteigenossen und Genossinnen Köpicks.

Unsern Genossen **Zubeil** zum Weizenfest die herzlichsten Glückwünsche. Fr. B. Fr. R. G. S.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Dienstag, den 11. Januar 1898, abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre. Zaragoza.
Orig. Manches Schaustück des Circus Busch, entnommen aus dem spanisch. Leben. Besonders hervorzuheben: Eine spanische Eisenbahn mit einleitender Ratschlopp. Die Fahrt des Don Coloburo mit seiner Weibchen und fünfmal. Werden aus dem brennenden Schloß. Außerdem: Die vorzüglichsten Fechtübungen des Fr. Busch. Moderne Reiterstücke. Der Clown Bogdanowsky als Tanzimitator. Die Dogarische mit eigenem dazu dreif. Pferde, vorgeführt von Wdme. Maria Doré. Die acht berühmten Soldatenspringer. - Morgen 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Zaragoza.
Winterpaletots, Ubrer, sportliche Reanderstr. 8, Pfandleiche.

Deutsch. Vortier
Deffert u. Malzstr. 1. Rang. Brauerei Dargholter, Potsdam. gegr. 1798, bei f. Dargholter, Brauwerke, 62, 2*
Möbel Theilzahlung. Neue J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Die Heilkraft meines Brombeerweines
ist erprobt bei Nerven, Verkleimung, Husten, Erkältung, Infuenza, Schlaflosigkeit, Gebrauchs-Anweisung auf dem Etikett jeder Flasche. Geschmack wie Portwein. Preis pr. Fl. 1.10 Mk. inkl. 10 Fl. 10 Mk., 30 Sorten anerkannt beste, reine Fruchtweine von 40 Pf. bis 1.50 Mk. einschliessl. Flasche. 10 Sorten Feinstes. Preisliste mit Beschreibung über Verth und Heilkraft der Fruchtweine bitte zu verlangen.
Dieser reine Brombeerwein ist von höchstem Geschmack und als Trankgetränk, besonders bei fehlenden Gelegenheiten, auch für die feine Tafel, sehr zu empfehlen. - Gladweiser Ansdhant Pringentstraße 83, I., im Speisehaus.
In Berlin und nächsten Vororten sende frei Haus. Nach Auswärts: Probepostfischchen mit 3 Fl. kostet 1 Mk., für Porto und Verpackung, Bahnliste mit 12 Fl. 12 Mk. inkl. Verpackung.

D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 37.
Verkaufsstellen:
S. u. SW.: Staats, Waldemarstr. 28. C. Leugfeld, Bergmannstr. 14. Rader, Prinzenstr. 37 u. 83. Braun, Rottbuser Damm 5. Gumbert, 46, im Restaurant. N. u. NW.: Krause, Kaserstr. 83/84. Schwann, Reindorferstr. 23a. Wolf, Brunnenstr. 155. Auguststr. 58, im Bachmann's Geschäft. Werner, Alt-Roßth 15. O. u. SO. u. NO.: H. Schmidt, Petersburgerstr. 85. Raub, Gr. Frankfurterstr. 65. Behl, Rosenburgerstr. 36. O. Neumann, Blumenstr. 21a. Zimmer, Theaterstr. 62. C. u. W.: Dente, Spandauer Brücke 1a. Barzahn, Potsdamerstr. 16. Kalay, Neue Winterfeldstr. 47. Weissenhof, Halle, Bräberstr. 11/42. Charlottenburg: Sieck, Grolmannstr. 18. Rönig, Grolmannstr. 14. **Schöneberg:** Neumann, Colonnenstr. 1.

Central-Festsäle (vormals Alte Jakobstr. 32. Säle mit Bühne, 50-800 Personen fassend. Bereine und Verkaufsanlagen erhalten noch von Garzerbe, Kaiserstr. 10. Franz Müller.
Künstl. Zähne 1,50 M. Plomben 1 M. Zahnziehen frei. Zahnärztliche Klinik, Kantenstr. 43, I. Ecke Dantestr. 8-10 und 1-3 Uhr.
B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Vorträts sozialistischer Führer, Vorträge, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Radeln, Broschen, Knöpfen, Hülsen, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Reparatur. (Man verl. Preisstaurant).
Künstliche Zähne 2 M. schmerzlos. Zahnziehen 1 M., Plomb. 1.50 M. Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigstr. 22, Spr. 9-6 U.

Grünram-Geschäft u. Vorkauf u. Hofe verlässl. Blumenstr. 60.
Defikation, nachweislich gangbar, sof. verlässl. Alte Jakobstr. 52.

Möbel
verleihen gewissene und neue, kannend billig, Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 40559*
Neue Königstr. 59
u. **Gneisenaustr. 15.**

Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178.
II. Alalberstraße 91.
Ede Oranienstraße.
Man trinke:
Original-Löwenbitter
Das beste für den Magen.
In Flaschen à Mk. 0.60, 1.10 u. 1.80.
Wie im Kaufhaus überall zu haben.
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.
R. F. Mittelstädt
Weinhandlung und Bild-Handl. N., Brunnenstr. 152.

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart anerk. billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gedruckter und verleiher genezierer Möbel 40559*
Oranienstr. 73.
Wahre Wunderkinder
nicht man mit Koch's Nährzweiback. Dasselbe bildet den Kindern gesund. Blut, starken Knochenbau und schützt vor den Stüberkrankheiten. In Packungen zu 10, 20 und 30 Pf. beim Bäckereiführer 9/15*
Koschick, Rottbuser Damm 12

Große Betten 12 M.
(Überbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigtem neuen Federn bei 6000 Stückig, Berlin S., Prinzenstr. 46. Preisliste losenden. Viele Anerkennungsbriefe.

Möbel
verleihen gewissene und neue, kannend billig, Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 40559*
Neue Königstr. 59
u. **Gneisenaustr. 15.**

Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178.
II. Alalberstraße 91.
Ede Oranienstraße.
Man trinke:
Original-Löwenbitter
Das beste für den Magen.
In Flaschen à Mk. 0.60, 1.10 u. 1.80.
Wie im Kaufhaus überall zu haben.
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.
R. F. Mittelstädt
Weinhandlung und Bild-Handl. N., Brunnenstr. 152.

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart anerk. billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gedruckter und verleiher genezierer Möbel 40559*
Oranienstr. 73.
Wahre Wunderkinder
nicht man mit Koch's Nährzweiback. Dasselbe bildet den Kindern gesund. Blut, starken Knochenbau und schützt vor den Stüberkrankheiten. In Packungen zu 10, 20 und 30 Pf. beim Bäckereiführer 9/15*
Koschick, Rottbuser Damm 12

Verband der Textilarbeiter u. Arbeiterinnen
Filiale Berlin II.
Sonnabend, den 8. d. M. verliard unter Kollege
Emil Wellmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 12. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Hofes, Prinzen-Allee statt.
Die Totabverwaltung.
Deutscher

Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsbüro Berlin.)
Codes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 8. Januar 1898 fand unter Mitglied, der Arbeiter **Gotthard Kootz.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Krankenhaus in der Birkenstraße aus nach der Seestraße statt. Um rege Theilnahme bitten!
Die Gräberverwaltung.

Die Beerdigung des Schreiber **Idler** findet heute, Dienstag, den 11. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilligen Friedhofs, Doppel-Allee, aus statt.
Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 40762*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Anzeige, Gürtelband, Ball-Brillanten, Bouquet etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.
Elektroniker. 26538*
Abendkurs für Praktiker (Metallarbeiter u. s. w.) beginnt 18. Januar, Schöneberg, Wertheimburgerstr. 5, 1 Tr. Don. 3 M. pro Mon. Donner 3 Mon. Franz Ledorser, Elektroniker.
Anmeld. v. abends 7 1/2 Uhr ab anq.

Mühlenstr. 8, nahe Oberbaum, Warschauerstr. und Schöneberger Bahnhof, sind von sofort und 1. April 1898 freundlichster Boden- und Hofwohnungen von 2 u. 1 Etage nebst Korridor, Küche, Kloset u. Keller oder Boden billig zu vermieten. Näheres beim Verwalter. (40666)*
Billige Wohnungen in Wasserleitg. Kloset ev. mit Gartenland 3, verm. **Franz Bube,** Friedrichsstraße, Prinzen-Allee 30.
Lansitzer Platz 13,
Gefunden zum Restaurant u. 1 Laden mit Wohnung 3. Material, Grünflächen, Folamentierwaaren etc. Weich. sogleich.
Grünauerstr. 3 febl. Wohnungen, 60-88 Thlr. 1/4

Industrie-Erwerb.
Einfache lohnende Fabrikation leicht verkäuflicher tägl. Verbrauchsartikel, auch mit geringen Mitteln ohne Fachkenntnisse möglich. **Zahlreiche Anerkennungen. Kataloge gratis** durch den Verlag „Der Erwerb“, Altona a/Elbe. 131/9*

Arbeitsmarkt.
Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
In der Möbelfabrik von Karl Holz, Fruchtschtr. 31, haben die Tischler wegen Unabfertigung der Arbeit niedergelegt. Zusag fernhalten!
76/8 Die Gräberverwaltung.
Tägliche Dambusarbeiter sucht per sofort
C. Rossemann, Bräberstr. 10a.
1 Tischl. Tischler auf Treppengeländer, welcher Kropffleisch anfertigen und Geländer aufstellen kann, verlangt
26548 Max Kirschteln, Spandau.
Berfliberer verlangt 26596
Ad. Göpfert, Parfadenstr. 44, II.
Plätterinnen, gelbt auf Servietten und Tischdecken, finden koste Beschäftigung bei **Müller & Sussmann,** Grüner Weg 119. 9/20*

Wagenlackierer gesucht!
4 bis 6 junge, tüchtige Wagenlackierer sowie 1 Wagenlackier, Vorarbeiter, der selbstständig arbeiten und einer Werkstatt von 15-20 Mann vorstehen kann, finden dauernde Stellung bei
Paul Kathe, Hof-Wagenfabrikant, Grunischweg.
Ein **Presser,**
der auf der amerikanischen Belagmaschine zum direkten Bergieren von Gladbüchsen Beschäftigung findet, dauernde Beschäftigung bei
40992*
Heldt & Hoffmann, Streifg. 1, Weich.

Zuschneiderin auf Blumenverlangen **Gebr. Raben, Poststr. 6.**
Näherinnen in und auhem Hause verlangen
Gebr. Raben, Poststr. 6.
1 Berfliberer, der auch farbige machen kann, verlangt Admistralf. 7. (10/5

Wagenlackierer gesucht!
4 bis 6 junge, tüchtige Wagenlackierer sowie 1 Wagenlackier, Vorarbeiter, der selbstständig arbeiten und einer Werkstatt von 15-20 Mann vorstehen kann, finden dauernde Stellung bei
Paul Kathe, Hof-Wagenfabrikant, Grunischweg.
Ein **Presser,**
der auf der amerikanischen Belagmaschine zum direkten Bergieren von Gladbüchsen Beschäftigung findet, dauernde Beschäftigung bei
40992*
Heldt & Hoffmann, Streifg. 1, Weich.